

rechts und dort zu dem zugkräftigsten Trommler gegen die Republik, Adolf Hitler.

Sein Konzept hatte er offengelegt, in seinem Buch „Mein Kampf“. Zu wenige machten sich die Mühe, es zu lesen, noch weniger nahmen es ernst. Zu utopisch, zu widersprüchlich, zu wenig im praktischen Leben verwirklichtbar schienen Hitlers Ideen. So blieb der Eindruck eines tatkräftigen, sich nicht irremachen lassenden Parteiführers, dem viele Menschen zustimmten, der als demagogischer Redner, aber auch als Benutzer aller modernen Propagandainstrumente, als rhetorischer Verbalradikalist hervortrat. Daß und wie jemand mit diesen Fähigkeiten ein Land lange regieren konnte, wie seine vielfach fragwürdige Anhängerschaft das Land verwalten könnte – das sah niemand so recht, trauten auch wenige den Nationalsozialisten wirklich zu. Allein die Krise wurde als so tiefgehend empfunden, die Bemühungen der traditionellen Parteien als so unwirksam, daß eher noch dieser zweifelhafte Trommler es versuchen sollte. Auf den Zweifeln an den Fähigkeiten der NSDAP baute die 1933 verbreitete Vorstellung auf, die Clique der NS-Führer werde bald scheitern, lasse sich in der Regierung zähmen, würde realistisch werden, müsse ihre Regierungsfähigkeit erst erweisen, ihre Regierung werde von selbst zusammenbrechen. Dies war kurz gesagt die Meinung, eine Machtübernahme Hitlers werde schon nicht alles so schlimm werden lassen.

#### 6. Die Entwicklung der NSDAP im Raum Nieder-Olm

In unserem Gemeindegebiet machte sich die NSDAP erst ab 1928 bemerkbar, also noch vor der Wirtschaftskrise. Aber sie war noch unbedeutend, die starke Stellung des Hessischen Landbundes verhinderte andere radikale Tendenzen.<sup>159</sup>

Die NSDAP als Partei entstand in Stackeden mit ihren ersten Anhängern. Bald kam eine Ortsgruppe in Jugenheim dazu. Das Polizeiamt des Kreises Mainz beobachtete die Entwicklung. Es meldete erstmals im Herbst 1928 nach Darmstadt, daß die NSDAP eine große Werbekampagne vorhabe. Da die Aussichten auf Erfolg in Mainz selbst gering gewesen seien, plane man eine Reihe von Versammlungen in Ortschaften in der Gegend von Nieder-Olm bis Ingelheim. „Daß die Nationalsozialisten in den Gemeinden

des Kreises Mainz viel Erfolg zu erwarten haben, ist nicht anzunehmen“, hieß es in dem Bericht.<sup>160</sup> Die Wahlen zum Reichstag 1928 waren eine Bestätigung dieser Aussage.

Ansatzpunkt in Stackeden war der Weinhändler Moritz Cramer.<sup>161</sup> Der in Wiesbaden geborene Bankkaufmann hatte die Tochter eines Stackeder Weinkommissionärs geheiratet und war selbst in den Weinhandel eingetreten. Der Schwiegervater galt als wohlhabender, im Ort bekannter und angesehener Mann. Der neu zugezogene Wiesbadener trat in der Funktion des Ortsgruppenleiters der NSDAP eher zurückhaltend auf. „Er eröffnet und schließt deren Versammlungen, tritt aber im übrigen rednerisch und agitatorisch nicht hervor. Er und sein Schwiegervater sind beide gut beleumundet. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die Nationalsozialisten gerade in Stackeden als einziger Gemeinde unseres Kreises so stark geworden sind. Nach Mitteilung der Gendarmeriestation Nieder-Olm kann man sagen, daß ganz Stackeden, von verhältnismäßig wenig Familien abgesehen, nationalsozialistisch geworden ist“, heißt es in dem Bericht des Kreisamtes Mainz nach Darmstadt vom Oktober 1929.<sup>162</sup> Die Wahlen vom September 1930 unterstreichen diese Beurteilung voll und ganz.<sup>163</sup> Da diese Feststellung der Polizei noch vor dem Ausbruch der großen wirtschaftlichen Krise in den USA und Deutschland getroffen wurde, kann man davon ausgehen, daß die Zuwendung der Stackeder Bürger zum Nationalsozialismus vor dem Oktober 1929 vorwiegend nicht in der Wirtschaftskrise ihren Grund hatte.

Daß man bislang den Landbund wählte, weist ein wenig den Weg, um dies aufzuklären. Unabhängig von der Weltwirtschaftskrise, allenfalls als ihr Vorläufer zu sehen, hatte stufenweise seit 1926/27 eine Krise der Landwirtschaft eingesetzt. Während des Krieges, als Deutschland als Markt ausfiel, hatten viele, zum Teil billiger produzierende Länder in Übersee ihre Produktion landwirtschaftlicher Güter ausgeweitet, sie traten nach dem Krieg als Konkurrenten in Europa auf. Nach 1918 konnte die deutsche Landwirtschaft zwar ihre Schulden abbauen, aber Mitte der zwanziger Jahre führten unzureichende Ernten, dazu der Mechanisierungsbedarf zu finanziellen Problemen, weil die Kosten der Betriebe aus den Erträgen nicht mehr zu finanzieren waren. Das gilt auch für Sonderkulturen wie den Weinbau.

Als gerade 1928 eine Preiserholung einsetzte, verdarb eine gute Ernte die Preise erneut. Die Wirtschaftskrise minderte dann zusätzlich die Kaufkraft der Abnehmer.<sup>164</sup> Nicht untypisch ist, daß 1931 bei der Bremser-Kerb in Zornheim jeder Besucher für eine Mark soviel „Neuen“ trinken konnte, wie er wollte, der Überschuß der Ernte war so groß, die Absatzchancen für die Winzer schlecht.<sup>165</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß die Stackeder sich aus wirtschaftlichen Gründen nach rechts wandten, wobei vielleicht mehr noch die Angst vor drohenden Entwicklungen als wirklich vorhandene Gefahren bestimmend war; hinzu kam die nationale Einstellung aus national-liberaler Tradition. Das vorteilhafte Auftreten des Leiters der örtlichen NSDAP und die Tatsache, daß er als Weinhändler überall Kundschaft und Bekanntschaft hatte, mag zusätzlich förderlich gewesen sein.

In Jugenheim muß es, wenn man die Polizeiberichte analysiert, etwa um die gleiche Zeit zu einer kleinen Ortsgruppe der NSDAP gekommen sein. Ansonsten gab es offensichtlich zunächst nur einzelne Anhänger.<sup>166</sup>

In Essenheim bildete sich die NSDAP dann im Januar 1930. Im Polizeibericht heißt es, bemerkenswert sei, daß es der NSDAP nach langem vergeblichem Bemühen gelungen sei, auch in Essenheim Fuß zu fassen. Am 2. 2. habe es eine Versammlung gegeben mit 85 Anwesenden. 15 NS-Leute seien aus Stackeden gekommen, 10 aus Jugenheim; 60 Personen aus Essenheim seien anwesend gewesen, alles Landwirte. Die Leitung der Versammlung hatte der Stackeder Ortsgruppenleiter, Redner war ein Parteidner namens Willi Fett aus Offenbach, der sich als Schriftsteller bezeichnete. Vorher scheint keine besondere Zuneigung zu den Nationalsozialisten bestanden zu haben, denn der Polizeibericht weist darauf hin, daß die Nationalsozialisten ein Jahr lang versucht hätten, ein Lokal zu erhalten. Niemand wollte es ihnen geben, der Bürgermeister lehnte es ab, in der sonst ortsüblichen Weise durch Bekanntmachung auf die Veranstaltung hinzuweisen.<sup>167</sup>

Von nun an ist die Tätigkeit der NSDAP auch in Ober-Olm und Elsheim, gelegentlich auch in Zornheim, zunehmend auch in Nieder-Olm feststellbar. Auf die Gründe der Sympathie für die NSDAP gehen die Berichte naturgemäß nicht

ein, die erste Anhängergruppe kam offensichtlich aus Weinbau und Landwirtschaft. Die anbrechende Wirtschaftskrise verstärkte den Radikalisierungsprozeß und führte den Nationalsozialisten weitere Wähler aus dem bürgerlichen Mittelstand zu, auch durch die Sogwirkung der Wahlerfolge vom September 1930.

Im Rahmen der zunehmenden Radikalisierung der politischen Auseinandersetzungen, verursacht durch das Anwachsen der radikalen Parteien rechts und links, KPD und NSDAP, vor allem auch wegen des Auftretens der teilweise bewaffneten Parteiarmeen, wurde in Hessen 1931, dann auch im Reich ein Uniformverbot verhängt. Die Nationalsozialisten, gewöhnlich mit braunem Hemd, schwarzer Hose und Stiefeln einheitlich uniformiert, versuchten, das Verbot zu umgehen. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die Selbstschutzorganisation der SPD, beschwerte sich im Februar 1932 in Darmstadt, in Essenheim existiere das Uniformverbot nicht. Man habe anlässlich einer Hochzeit in voller Uniform Spalier gebildet.<sup>168</sup>

Der Bericht der Gendarmeriestation Nieder-Olm zeigt, daß die Nationalsozialisten zwar offensichtlich das Uniformverbot beachteten, aber doch einheitlich aufzutreten wußten. Nach den Angaben des Polizeidieners und von Augenzeugen hatten bei der Hochzeit des Essenheimer Ortsgruppenleiters nach der Ziviltrauung etwa 20 junge Leute vor dem Rathaus Spalier gestanden und den Hitlergruß gezeigt. Es seien alle in weißen, aber verschiedenartigen Hemden aufgetreten, auch Hosen und Schuhe seien nicht einheitlich gewesen. Von Uniform konnte nicht die Rede sein.<sup>169</sup>

Eine Jugendorganisation der NSDAP, die Hitler-Jugend, gab es nach den Berichten des Kreisamtes im Bezirk Nieder-Olm noch im Sommer 1932 nicht, wohl aber die SA (Sturmabteilung).

Ein Vorfall, der noch heute viel besprochen wird, trug sich ebenfalls 1932 in Stackeden zu: die „Umbenennung“ von Stackeden in „Hitlershausen“.

Zum Verständnis muß man daran erinnern, daß das Zeigen von Parteifahnen und Parteisymbolen („Abzeichen“) damals durchaus gang und gäbe war. Allerdings spielte sich im Frühjahr gerade eine große Auseinandersetzung um das Uniformverbot ab, das der Reichsinnenminister für

die KPD und die NSDAP erlassen hatte. Am 6. Mai 1932 erließ auch der hessische Innenminister eine entsprechende Verordnung, die wie im Reich das Verbot der SA und des Tragens und Zeigens von Parteifahnen und Abzeichen in der Öffentlichkeit einschloß.

Der Gendarmeriebezirk Mainz berichtete über die Situation im Dienstbezirk der Station Nieder-Olm noch im Mai, es seien nur in Stackeden und Essenheim an Häusern Abzeichen und Fahnen angebracht. In Stackeden sei es eine Hakenkreuzfahne auf einem alten Fabrikschornstein sowie 5 oder 6 Abzeichen (vermutlich Schilder mit dem Hakenkreuz) an Häusern. In Essenheim seien circa 10–15 Schilder mit dem Abzeichen der NSDAP an Häusern angebracht.<sup>170</sup>

Am 25. Mai 1932 bat das Kreisamt Mainz den Bürgermeister von Stackeden und den Ortsgruppenleiter der NSDAP sowie einen Lehrer wegen des öffentlichen Zeigens von Parteifahnen und Abzeichen nach Mainz. Eine gleiche Aufforderung erhielt der Essenheimer Bürgermeister. Offensichtlich wollte das Kreisamt die Verstöße unterbinden, aber zunächst durch gütliche Aussprache.<sup>171</sup>

Im Juni 1932 hob die neue Präsidialregierung von Papen das SA-Verbot auf, so daß eine neue Situation gegeben war. Am 21. Juni 1932 berichtete nun der Hauptwachtmeister Ebert von der Landgendarmeriestation Nieder-Olm, er habe bei der Tagesstreife am 19. Juni festgestellt, daß in Stackeden am Hause des Landwirts Nikolaus Wolf IV und des Schreiners Heinrich Zahn je eine Ortstafel in ziemlicher Größe angebracht sei mit der Aufschrift: „Hitlershausen“. Er fügte hinzu, er wolle die Gendarmerie in Kenntnis setzen, damit Schritte gegen die Anbringung der beiden unrechtmäßigen Ortsschilder unternommen würden. Die Stackeder waren nunmehr offensichtlich in so hohem Umfang Anhänger der NSDAP, daß sie dies möglichst ausdrucksvoll demonstrieren wollten und bei der fast 100%igen Anhängerschaft gab es wohl keine Proteste im Ort.

Der Bericht hatte jedoch ein merkwürdiges Schicksal, das zeigt, daß auch die sonst zuverlässige Verwaltung langsam auch nicht mehr gegen so starke nationalsozialistische Zentren vorzugehen wagte. Die Aufhebung des SA-Verbotes hatte möglicherweise auch milde Behandlung angezeigt erscheinen lassen. Der Gendarmeriebezirk

Mainz gab Ebert nämlich den Bericht zurück zur Neuausfertigung. Dabei war der letzte Satz über die notwendigen Schritte gegen die „unrechtmäßigen“ Ortsschilder gestrichen. So kam denn ein neuer Bericht am 25. Juni 1932 zustande, dem man nicht entnehmen konnte, daß der örtliche Gendarmerieposten die Sache als unrechtmäßig ansah. Der Bericht wurde auch nicht nach Darmstadt weitergegeben, sondern zu den Akten gelegt. Immerhin findet sich darauf der Randvermerk, den der alte Bericht des Wachtmeisters Ebert nicht gestattet hätte: „Doch wohl keine richtige Ortstafel, sondern ein Abzeichen.“ Auf der Rückseite heißt es dann: „Das Anbringen von Abzeichen ist wieder erlaubt.“<sup>172</sup>

## VII. Die Zeit des Nationalsozialismus

### 1. Die Anfänge des Dritten Reiches 1933<sup>173</sup>

Der Regierungsantritt Hitlers am 30. Januar 1933 kam in einer sehr schwierigen Lage des Reiches, aber wirtschaftlich und politisch waren bereits erste Zeichen der Besserung zu erkennen. Schon glaubten manche nicht mehr an den weiteren Aufstieg Hitlers und der NSDAP, besonders nach den Verlusten bei der Novemberwahl 1932. Aber Hitler wußte diese Niederlage durch Konsolidierung der Partei und durch großen propagandistischen Aufwand wieder wettzumachen.

Auf der anderen Seite war nun auch die zweite der beiden reinen „Präsidialregierungen“, die Hindenburg berufen hatte, mit ihrem Latein am Ende. Der Versuch des Reichskanzlers Kurt von Schleicher, mit dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Strasser, die NSDAP zu spalten und eine Koalition mit öffentlicher Unterstützung von Strasser bis zu den Gewerkschaften zu bilden, war gescheitert. Überdies: die vielen Wahlen, die Unfähigkeit der demokratischen Parteien, sich auf eine gemeinsame Krisenbekämpfung zu verständigen, die Hilflosigkeit der letzten Regierungen, der öffentliche und von Brutalität begleitete Fanatismus auf Straßen und in der Parteipresse hatten vielen Deutschen die Demokratie inzwischen verleidet. Sie setzten kaum noch Hoffnungen auf sie – zu viele hofften auf den „starken Mann“, auf das Ereignis einer Veränderung und „Umwälzung von Grund auf“, weil es anders nicht mehr weiter zu gehen schien. Schlechter, so meinten viele, konnte es auch bei

den Rezepten der radikalen Parteien nicht werden.

Reichspräsident von Hindenburg verlor das Vertrauen zu seinem Reichskanzler Schleicher. Dieser hatte nach dem Scheitern seiner neuen Koalition nur noch das gleiche Rezept anzubieten, das er im November 1932 noch bekämpft hatte, als es sein Vorgänger von Papen anstrebte: Ausrufung des Notstandes, Auflösung des Reichstages, Verschiebung von Neuwahlen, Verbot der radikalen Parteien und Diktatur der Reichswehr.

Schleichers eigenes Gegenargument vom November, zur Absicherung eines solchen Vorgehens sei die Reichswehr zu schwach, kehrte sich nun gegen ihn. Den denkbaren Bürgerkrieg gegen die Parteiarmeen der NSDAP, aber auch der KPD, wollte auch Hindenburg nicht.

Die demokratischen Parteien – ohne Mehrheit im Parlament – waren sich einig in der Gegnerschaft gegen die extremistischen Parteien rechts und links. Sie waren aber nicht nur uneinig über eine gemeinsame Politik. Sie waren auch uneinig in der Frage, ob man die Hitler-Bewegung durch eine parlamentarische Minderheitsregierung, durch Übergabe der vollen politischen Verantwortung oder durch eine sie bezähmende Koalition sich abnutzen, sich verbrauchen, sich diskreditieren lassen sollte. Daß sie sich in der Praxis als regierungsunfähig erweisen würde, war unter Demokraten eine über die NSDAP verbreitete Meinung.

Was am 30. Januar 1933 gebildet wurde, war formal eine Koalitionsregierung aus Hitlers NSDAP, aus Hugenberg's DNVP, Einzelgängern wie dem konservativen Katholiken Papen, unter Einschluß der Machtfaktoren Stahlhelm und Reichswehr. Hitlers erstes Kabinett war legal zustandegekommen nach den Bestimmungen der Weimarer Verfassung. Aber bald zeigte sich, daß Hitler diese Verfassung gleichzeitig benutzen und überwinden wollte – an diese Überwindung glaubten viele als eine Notwendigkeit, um aus der Krise herauszukommen.

Hitler bemühte sich einerseits, sich auf die demokratischen, die Zustimmung der Wählermehrheit fordernden Elemente der Verfassung zu stützen: legal war der Regierungsantritt, alles, was folgte, spielte sich zunächst im Rahmen von Verfassung und Gesetz ab – noch die Aufhebung der Grundrechte wurde auf den Ausnahmeantrag 48 der Verfassung gestützt. Wer konnte mehr an

Wählerzustimmung aufweisen als die NSDAP, wer hatte je in der Geschichte des Reiches seit 1871 so viele Wähler hinter sich gebracht? Dieser demokratisch-plebiszitäre Rahmen wirkte wie der Deckmantel, der die rechtlich Denkenden abhalten sollte, gegen Hitlers Regime aufzutreten.

Andererseits bemühte sich Hitler, auch seine Parteiführer, die ganze „Bewegung“, wie sie sich zur Distanzierung von den demokratischen Parteien nannte, das Außerordentliche, Einmalige, geschichtliche Unschlagbare, das Unumkehrbare des Machtwechsels zu betonen: durch den Begriff der „Nationalen Revolution“, durch Propaganda zunächst, die auch mehr an Machtbesitz, an Umschwung vorspiegelte, als wirklich vorhanden war. Daß SA und SS, die Parteiarmee in Preußen Hilfspolizei wurde, Rundfunk und teilweise die Presse in die Hände von Nationalsozialisten geriet, daß das moralisch höhere Recht der Massenbewegung von unten gegen das formale Recht der Verfassung und der Gesetze ausgespielt wurde, daß die Herrschaft der Straße, der Brutalität als „revolutionär“ notwendig oder mindestens als Nebenerscheinung duldbar gerechtfertigt wurde, gehörte dazu. Die totalitäre Ideologie von der Einheit von Partei und Volk, von Führer und Volk, vom einheitlichen Willen zum Neubeginn, dem sich alle zu unterwerfen hätten, die Unterwerfung unter ein im Sinne Hitlers definiertes Staats- und Nationalinteresse war der wichtigste Zugriff auf das politische Denken der Bürger.

Eingliederung in die große Bewegung, Mitmachen beim Weg in die neue Zeit, Anpassen an den Wechsel war gefordert. Wer nicht mittat, wurde mißtrauisch betrachtet, mit Vorwürfen überhäuft, war verdächtig. Was den Anhängern der Republik, Kommunisten wie Demokraten geschah, lief als drohendes Gerücht von Mund zu Mund, in seiner Bedrohlichkeit durch die nationalsozialistische Presse unterstützt. Wo der Druck zur Anpassung versagte, wirkte die Drohung mit existentiellen Nachteilen, Verlust von Arbeit und Verdienst, gesellschaftliche Isolierung, Nachteilen im Alltag.

Hitler und seine Partei weiteten 1933 stufenweise, auch in Arbeitsteilung, ihre Macht aus. Die Parteiarmee beherrschte die Straße, konnte den politischen Gegner einschüchtern und zurückdrängen, gefährden und bedrohen. Die Notverordnungen vom 4. 2. 1933 und vom 28. 2. 1933 hoben wichtige Gesetze und Grund-

rechte auf.<sup>174</sup> Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 wurde zur Volksentscheidung über Hitlers Regierung hochstilisiert. Hitler brachte sie trotz Ausschaltung der Kommunisten und trotz Druck auf Presse und Parteien nicht die absolute Mehrheit – diese kam nur mit Hugenberg's DNVP zustande. Dennoch wurde sie propagandistisch als die Legitimation des Volkes zur „nationalen Erhebung“ umgedeutet – das Ermächtigungsgesetz vom 24. 3. 1933 vollendete die Machtverschiebung zur neuen Reichsregierung und zur NSDAP.<sup>175</sup>

In den folgenden Monaten rollten rasch große Propaganda- und Aktionswellen über das Land, denen die alten Parteien, auch Hugenberg's neue Kampffront, nichts entgegenzusetzen hatten. In vielen Behörden, vor allem in Preußen, wurden die Chefs abgelöst, soweit sie Demokraten waren, zunächst in den Regierungspräsidien, der Polizei und anderen Ämtern. Nach der Reichstagswahl wurde der Druck auf die Landesregierungen verschärft – soweit sie noch von den demokratischen Parteien gestellt wurden, waren sie schon meist ohne parlamentarische Mehrheit und nur noch geschäftsführend im Amt. Sie sollten sich dem Wahlergebnis als Ausdruck des Volkswillens fügen, zurücktreten, sich umbilden. Noch bevor dies in allen Ländern möglich war, entsandte man Reichskommissare, um die Änderungen zu erzwingen.

Nach den preußischen Kommunalwahlen vom 12. März 1933 folgte im ganzen Reich ein teilweise gewaltsamer Sturm der SA auf die Rathäuser der Groß- und Mittelstädte. Oberbürgermeister und Bürgermeister wurden zum Rücktritt gezwungen oder abgesetzt.

Es folgten die nächsten Schritte: der Boykott jüdischer Geschäfte, die Zerschlagung der Gewerkschaften, die Unterdrückung der Kommunisten, bis zum Sommer 1933 die Auflösung der Parteien, die versuchte Machtübernahme in den Evangelischen Landeskirchen.<sup>176</sup>

Auch in wichtigen Verbänden wurden die Vorstände, die Zusammensetzung der Organe, oft unter Druck, geändert, mit dem Argument, die bisherige Führung entspreche nicht mehr dem in den Wahlen ausgedrückten Volkswillen. Dieses Argument kehrte immer wieder – als Hinweis auf eine vom Volk bestätigte neue Ordnung, der Altes und Abweichendes nicht entspreche – nicht den geänderten Machtverhältnissen, nicht dem

Geist der neuen Zeit, nicht dem notwendigen geschichtlichen Wandel, nicht den Maßstäben der „Nationalen Revolution“, dem neuen nationalen Einheitsstaat, der alle demokratische und pluralistische Zersplitterung überwinden sollte.

Auf der anderen Seite liefen, teilweise vor, vielfach aber nach den Märzahlen noch viele Bürger den Nationalsozialisten in die Arme, viele als Anhänger, viele auch als Mitglieder, so daß bald eine Aufnahmesperre verhängt wurde, die erst 1937 beendet wurde. Sie schwenkten über, mitgerissen von der Begeisterung der Hitler-Anhänger, viele aus Opportunismus, andere aus Angst. Manche wollten rechtzeitig dabei sein, manche in der Überzeugung, wo sich ein so machtvoller Zug der Zeit offenbare, dürfe man sich nicht ausschließen, andere in dem Willen, den gemäßigten und vernünftigen Kräften in Hitlers „Bewegung“ Unterstützung zu geben.

Große Organisationen und bekannte Persönlichkeiten schlossen sich an, manche halbherzig, bemüht, sich von Repressalien freizuhalten, manche freiwillig, manche nachgiebig und nur äußerlich.

Enthusiasmus und Zukunftssorgen lagen bei vielen Bürgern nebeneinander. Die Verfolgung der Demokraten, die Ausschaltung aller Gegengewichte, aller widerstrebenden Bewegungen binnen weniger Monate wurde von vielen passiv geduldet, auch mit Mißbilligung als Auswüchse des Umschwungs angesehen, aber auch von manchen als notwendige Einschnitte. Als sich nicht nur die Ängste und Befürchtungen der standhaft gebliebenen, in der Minderheit isolierten Demokraten erfüllten – für viele noch schlimmer als erwartet, nach wenigen Monaten, da ging auch vielen anfangs Zustimmenden, vielen „Märzgefallenen“ auf, daß der Nationalsozialismus und Hitlers Regime mehr waren als ein bloß ungeordneter Umschwung. Das harte Straßenregiment der SA, die Einrichtung der ersten Konzentrationslager, die Verfolgung der Demokraten, die Inhaftierung politischer Gegner, der beginnende Kirchenkampf, die Drangsalierung der Juden und die banale Brutalität der neuen Machthaber wurden sichtbar, früher oder später, als nichts mehr mit „Übergangserscheinungen“ zu entschuldigen war. Da, schon nach wenigen Monaten, war die Chance zu Korrekturen und zum wirksamen Widerstand verpaßt, die Führerdiktatur etabliert.

Wer stillhielt, sich ins Private zurückzog, hatte mindestens die Chance, unbehelligt zu bleiben,

sich durchzubringen ohne Gefahr. Aber dies hieß geduldige Passivität und ging nicht ohne Konzessionen an den nationalsozialistischen Alltag, der zunehmend jeden Bürger zu Vereinnahmungen suchte.

## 2. Die Entwicklung in Hessen

Auch in Hessen begann schon im Februar 1933 der Druck auf die geschäftsführende Regierung des Staatspräsidenten Adeling. Insbesondere der demokratisch absolut zuverlässige Innenminister Leuschner (SPD), der nach wie vor die Polizei gegen Übergriffe der NSDAP einsetzte, war den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge. Er wich am 15. Februar 1933 durch Rücktritt dem Druck, um Adeling zu entlasten, zumal er eben zum hauptamtlichen Vorstandsmitglied des ADGB in Berlin gewählt worden war.

Da die alte Regierung nur noch geschäftsführend im Amt war, weil sie seit 1931 keine Mehrheit im Parlament hatte und nach der Wahl zurückgetreten war, verlangten die Nationalsozialisten die Einberufung des Landtages zur Wahl eines neuen Staatspräsidenten. Da man die Kommunisten bereits verhaftet hatte oder sie auf jeden Fall an der Teilnahme hindern wollte, war eine „nationale“ Mehrheit abzusehen.

Aber schon vor dem ersten Zusammentritt des Landtages griff die Reichsregierung aufgrund der Notverordnungen ein: der Innenminister Frick setzte einen Staatskommissar ein und bestimmte vor allem eine neue Polizeiführung.<sup>177</sup>

Die Regierung Hessens in Darmstadt übernahm sodann zunächst der bisherige nationalsozialistische Landtagspräsident Ferdinand Werner, zunächst als Staatspräsident und nach der geltenden Verfassung. Nach dem Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. 3. 1933 lag das Land dem Zugriff der Nationalsozialisten offen. Im April wurde ein Reichsstatthalter eingesetzt, der nationalsozialistische Gauleiter Sprenger. Werner wurde nun am 15. Mai 1933 Ministerpräsident der neuen Landesregierung.<sup>178</sup>

Durch die weiteren Gesetze zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich, insbesondere von Anfang 1934, wurden – unterstützt durch die einheitsstaatliche Ideologie und die zentralistischen Tendenzen – der neuen Landesregierung viele Aufgaben entzogen. Deshalb vereinigte man bald die Funktion des Ministerpräsidenten und des Reichsstatthalters und beließ mit dem Mini-

ster Philipp Wilhelm Jung nur noch einen Minister. Die Zentralbehörden in Darmstadt blieben allerdings bestehen, teilweise in reduziertem Umfang.<sup>179</sup>

Die innere Struktur der NSDAP hat sich auch in Hessen im Jahre 1933 verändert, obwohl die Grundrichtung der Politik blieb. Zwar gab es noch den Typ des sogenannten „Alten Kämpfers“, der Hitler schon zur Weimarer Zeit aktiv unterstützt hatte. Es gab den 150 %igen Funktionär mit fanatischem Aktionseifer und es gab die vielen „Amtsträger“, die der Partei, vor allem aber ihren Unter- und Nebenorganisationen, Arbeit und Verdienst verdankten. Es gab aber auch fast überall Menschen, die in ihrer Gemeinde und Nachbarschaft, in Beruf und Dienststellung angesehene und respektierte Bürger waren, die sich dem Nationalsozialismus freiwillig oder gedrängt angeschlossen hatten, denen aber z. B. der revolutionäre und putschistische Anstrich der Partei nicht zusagte, die die aufgestellte Verpflichtung zu Sauberkeit und Ehrlichkeit ernster nahmen als viele Parteiführer. Sie konnten das Erscheinungsbild der Partei mildern, weniger totalitär werden lassen. Die Grundstruktur des nationalsozialistischen Staates, auf gewaltsame Machterhaltung bedacht, konnten auch diese Persönlichkeiten nicht ändern, wollten es oft auch nicht fundamental – daß es sie gab, machte gleichwohl den Alltag manchenorts erträglicher.

Der Nationalsozialismus in unserer Region war innerorts offensichtlich an einigen Stellen durch solche Persönlichkeiten repräsentiert, z. T. aus dem bäuerlichen Beruf, so daß hier Straßenradikalismus und offene Brutalität Ausnahmeerscheinungen im Alltag blieben.

Drei Maßnahmen rückten diese Seite der NSDAP jedoch immer wieder ins Blickfeld – sei es der gläubigen Anhänger Hitlers, sei es der distanziert gebliebenen Bürger: die Aktionen gegen Kommunisten und Demokraten, dem Kampf gegen die Kirchen, insbesondere in unserer Gegend durch Behinderung der Katholischen Kirche und letztlich die Vertreibung der Juden.

## 3. Die Bekämpfung der Demokraten

Von Beginn ihrer Machtübernahme an strebten die Nationalsozialisten danach, so rasch wie möglich die alten Parteien auszuschalten und damit ihre Einparteienherrschaft zu sichern. Zwar gab das Wahlergebnis vom 5. März 1933 dazu

kein Recht. Aber dennoch wurde der Druck auf die demokratischen Parteien so stark, daß sie sich, um ihre Anhänger nicht auch noch persönlich zu gefährden, im Sommer 1933 in der Regel selbst auflösten oder verboten wurden.<sup>180</sup>

Zwangmaßnahmen wurden zunächst nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 nur gegen die Kommunisten, nach der Wahl auch gegen einzelne Sozialdemokraten ergriffen.<sup>181</sup> Verboten wurde die KPD formal nicht, aber Anhängerschaft zu ihr als Landesverrat gedeutet. Mitglieder und Funktionäre wurden in erheblichem Umfang inhaftiert und zur Emigration gezwungen. Die SPD wurde das Opfer von Verhaftungen, die meist als „Schutzhaft“ deklariert wurde, angeblich zur persönlichen Sicherheit der Betroffenen, zum Schutz vor den angeblich spontan erregten Anhängern der „Nationalen Revolution“. Damit wurde der fehlenden rechtlichen Begründung für die Haft ein fadenscheiniger Deckmantel gegeben.

Mit Ausnahme höherer Funktionäre, die in die ersten Konzentrationslager gebracht wurden, erfolgte die zeitlich begrenzte Einlieferung in die „Lager“ oder „Hilfspolizeigefängnisse“ von SA und SS, wenngleich das Ende der Haftzeit meist willkürlich verfügt wurde und der Inhaftierte kaum Rechtsschutz genießen konnte. Schon die Überfüllung und die menschenunwürdigen Haftbedingungen machten Entlassungen notwendig.

Als die Nationalsozialisten das unliebsame Aufsehen bemerkten, das diese Aktionen vor allem im Ausland machten, das Hitler auch gar nicht brauchen konnte, wurde kürzergetreten, Inhaftierte entlassen, rechtliche Einsprüche berücksichtigt und die Verhaftungen eingeschränkt.<sup>182</sup> Die Bedrohung blieb vielen Entlassenen und ihren Familien lebendig, oft war die Entlassung im Beruf die Folge, mindestens im öffentlichen Dienst. Nicht alle fanden ein Unterkommen in Berufen der freien Wirtschaft, wo die Reglementierungen noch nicht griffen, zu manchen Berufen wurde der Zugang schon 1933 erschwert.

Auch in unserem Raum gehörte es zu den Begleiterscheinungen der Verfolgung der KPD, der Sozialdemokraten und der Auflösung der Zentrumspartei und der anderen Parteien, daß ihre führenden Mitglieder Belästigungen ausgesetzt waren, daß es Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen gab.

Schon am 7. März 1933 erhielt die Polizei den Auftrag, bei den Funktionären der SPD in Nieder-Olm und Zornheim solche Aktionen vorzunehmen.<sup>183</sup> Sie wurden am 8. März ausgeführt, lediglich in Nieder-Olm wurden Druckschriften, Plakate und Korrespondenz beschlagnahmt, aber „nichts Verdächtiges gefunden“, wie die Polizei berichtete. Allerdings hat hier die Polizei wohl noch nicht in nationalsozialistischen Vorstellungen von „verdächtig“ gedacht. Die beschlagnahmten Gegenstände wurden, soweit sinnvoll, Anfang 1934 veräußert, zumeist an die NSDAP und die Polizei.<sup>184</sup>

Am 10. Mai 1933 folgte eine weitere Beschlagnahmeaktion. In Nieder-Olm wurden beim Schriftführer der SPD, Valentin Dietrich, Druckschriften und ein Koppel, beim Vorsitzenden Anton Stauder Druckschriften, Stempel, Beitragsmarken und Mitgliedsbücher der SPD beschlagnahmt.<sup>185</sup>

Beim Vorsitzenden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Peter Vogelsberger, wurde ein Koppelschloß, ein Stempel und eine Fahne, beim Kassierer des Reichsbanners, Georg Plattner, Beitragsmarken, Belege sowie 40 Pfennig in bar, beim Kassierer der Eisernen Front, Johann Ruppert, ein Mitgliedsbuch, Beitragsmarken und Belege beschlagnahmt. In Ober-Olm wurde<sup>186</sup> nach einem Bericht des Bürgermeisters beim Rechner der SPD, Fritz, ein Revolver, ein Mitgliedsbuch, Kassenbuch, Stempel, Anstecknadeln und Druckschriften sichergestellt, obwohl die Ehefrau des Abwesenden versicherte, ihr Mann sei schon seit zwei Jahren aus der SPD ausgetreten. Nach einem anderen Bericht bestand schon seit 1930 keine reguläre Ortsgruppe der SPD mehr<sup>187</sup>, eine Angabe, die bezweifelt werden muß und wohl eine Schutzbehauptung darstellte, die von der Gemeindeverwaltung weitergegeben wurde. Wenn daraufhin Sozialdemokraten weniger behelligt wurden, hat die Meldung der Gemeinde ihren Sinn erhalten.

Aus Essenheim berichtete der Bürgermeister, daß keine Ortsgruppe der SPD bestehe, ein Einwohner sei Mitglied in Mainz.<sup>188</sup> In Sörrenloch, Stackeden und Zornheim gab es nach den Angaben des Polizeiberichtes die SPD nicht – sicher falsch für Zornheim.<sup>189</sup>

Eine kritische Durchsicht dieser Meldungen und Polizeiberichte zeigt allerdings, daß sie keineswegs die ganze Wirklichkeit wiedergeben.

Manche Äußerungen gegenüber der Polizei waren in dieser Lage von Angst diktiert, möglichst wenig zuzugeben. Die Folgen waren ungewiß, im Zweifel negativ. Auch die Polizei scheint sich aber strikt bürokratisch auf ihren Auftrag beschränkt zu haben, sie gab alles Erkundete nüchtern weiter, erkundete aber nicht mehr, als im engen Sinne aufgetragen war. Verhaftungen wurden in dieser Phase, anders als in Mainz, kaum vorgenommen.

Bei der Polizei hat niemand übrigens bei offensichtlich unzutreffenden Angaben weitere Ermittlungen veranlaßt oder angestellt, etwa nach zweifellos vorhandenen Anhängern der SPD. So rudimentäre Reste der SPD-Anhängerschaft kann es gar nicht gegeben haben, wie die Polizeiberichte ausweisen. Es wurde auch nirgends darüber berichtet, ob sich Sozialdemokraten in der einen oder anderen Form weiter trafen – dem örtlichen Polizeidiener war das zweifellos bekannt. Aber was nicht aufgetragen war, behielt man für sich, was den Menschen manchmal half – wenn nicht die NSDAP selbst Bericht erstattete.

Im Herbst 1933 gab es eine weitere Beschlagnahmeaktion, die sich gegen die inzwischen verbotenen Nebenvereine der SPD richteten, gegen die Arbeiterwohlfahrt, den ehemaligen Ortsverein des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und die Eisernen Front, gegen die ehemalige Ortsgruppe der SPD sowie gegen den Sportverein 1919. In Klein-Winternheim war der dem Zentrum zuzuordnende Windthorstbund betroffen. Im Bericht vom 19. Dezember 1933 an das Kreisamt Mainz heißt es dazu: „Die der Arbeiterwohlfahrt Nieder-Olm abgenommenen Gegenstände sind zu vernichten, das Kassenbuch wird vom Bürgermeister in Gebrauch genommen, das Bargeld in Höhe von 2,76 RM an die Kreiskasse abgeführt.“ Alle übrigen Gemeinden meldeten Fehlanzeige, was übrigens ebenfalls angesichts der politischen Aktivitäten vor 1933 nicht recht glaubhaft klingt.<sup>190</sup>

Vor allem 1933, aber auch in den folgenden Jahren, wurden einzelne Bürger in Schutzhaft genommen. Bei den jeweils zugrunde liegenden Vorfällen oder Anschuldigungen sind sicher manche auch unpolitischer Natur – in keinem Falle rechtfertigen die Vorfälle nach rechtsstaatlichen Maßstäben die Haft, in manchen Fällen auch nicht nach dem damals geltenden Strafrecht.

So wurde z. B. im Mai 1933 in Nieder-Olm gegen zwei Bürger Schutzhaft beantragt (Dallmer und Zimmer), mit der Begründung, sie seien KPD-Angehörige. Nachgeprüft wurde das nicht. Aber auch der Antrag der NSDAP war eine Sache, das Handeln des Kreisamtes als zuständiger Behörde eine andere. Willfährig war das Kreisamt Mainz gegenüber der Ortsgruppe damals nicht. Es prüfte streng die Rechtslage – und das geltende, schon neue Recht schützte – damals noch – die Bedrohten: das Kreisamt Mainz hielt die Schutzhaft nicht für gerechtfertigt, weil Tatsachen als Beweise für kommunistische Betätigung fehlten, wie die Polizei in Nieder-Olm zutreffend berichtete.<sup>191</sup>

Am 8. Juni 1933 wurde in Nieder-Olm Hans Ruppert in „Schutzhaft“ genommen, weil er ein Mitglied der NSDAP durch Zurufe „Hitler“ mehrfach gehänselt und zusammen mit einem anderen geschlagen habe.<sup>192</sup>

Am 8. Mai 1933 wurde in Ober-Olm der Wagner Otto Schmitt ebenfalls in „Schutzhaft“ genommen; am 23. Juni 1933 Peter Holy, weil er bei der Begegnung mit einem Hitler-Jungen „Rotfront“ gerufen hatte (der Kampftrupp der Kommunisten); ebenfalls Johannes Hach am 6. Juni, weil er wiederholt den Reichskanzler beleidigt habe.<sup>193</sup>

Auch in Ober-Olm wurde am 28. Oktober 1933 der Arbeiter Johann Baptist Limberger für zwei Wochen in das Lager Osthofen geschickt, weil er den Reichskanzler beleidigt und gerufen habe: „Heil Moskau, Heil Hitler, morgen kippt er!“<sup>194</sup> Im Mai 1934 erhielt der Landwirt Jakob Roller aus Stackeden eine Verwarnung, weil er den Nationalsozialismus und die SA beschimpft habe als „Hitlerbankert“ und geäußert habe – wohl aus Anlaß des Aufmarsches am 1. Mai – „Mit den Stackeder Ochsen marschiere ich nicht.“ Auch hier hatte es übrigens das Kreisamt abgelehnt, die von der NSDAP beantragte „Schutzhaft“ zu verhängen.<sup>195</sup>

Allerdings – und dies war besonders böseartig, gefährlich und als warnendes Beispiel für Betroffene und Zuschauer sicher wirksam – auch privater Streit wurde politisch ausgetragen, wenn Nationalsozialisten beteiligt waren. Ein Nieder-Olmer Landwirt, zugleich Führer der dortigen SA, und sein Vater beantragten im November 1933 „Schutzhaft“ gegen den Zornheimer Landwirt Friedrich Schmitz wegen Beleidigung. Auch hier

lehnte das Kreisamt die „Schutzhaft“ ab, weil es ein unpolitischer Streit gewesen sei. Es ging um einen heftigen Wortwechsel, der entstanden war, weil sich Schmitz angeblich beim Rübenabladen am Bahnhof Nieder-Olm zwischen die Fahrzeuge des Beschwerdeführers und seines Vaters geschoben hatte.<sup>196</sup>

#### 4. Die Auseinandersetzung mit den Kirchen

Auf dem Programm der NSDAP stand von Anfang an auch die Zurückdrängung der Kirchen, wenn nicht ihre Ausschaltung. Als Institutionen mit großer geistiger Einwirkung und religiöser Bindung für die Menschen waren sie eine Bedrohung, mindestens aber ein Hindernis für die Verwirklichung des total dem Nationalsozialismus unterworfenen, auch im Denken gehorsam gleichgeschalteten Einheitsregimes. Freilich schwankten Hitler und seine Parteiführer zwischen Konzepten der Bekämpfung und Unterdrückung der Kirchen – weil diese doch nicht geistig für den Nationalsozialismus zu gewinnen waren – und Konzepten der Gewinnung durch Konzessionen, Überredung und teilweise Duldung.

In der Evangelischen Kirche versuchte man es noch 1933 mit einer mehr oder weniger gesteuerten Machtübernahme durch die Hitler ergebene „Deutschen Christen“. Die Gelegenheit war günstig, weil die längst angestrebte und fällige neue Kirchenverfassung in aller Eile – und unter Druck von unten und außen – beschlossen wurde und alle kirchlichen Leitungsgremien im Reich und in Preußen neu gebildet werden mußten. Die Deutschen Christen versuchten, die erforderliche Mehrheit der Synode zu gewinnen, schafften dies aber nicht legal, so daß die staatlichen Machtmittel mit Eingriffen herhalten mußten. Damit war aber auch die Legende vom Umschwung durch Willen des Kirchenvolkes zerstört. Der nunmehr einsetzende Kirchenkampf machte erstmals einer großen Zahl von Menschen den Nationalsozialismus suspekt, zumal gewaltsam und stufenweise durch Sondervorschriften die Besetzung vieler Kirchenämter mit zuverlässigen Nationalsozialisten angestrebt und durchgesetzt wurde.<sup>197</sup>

Unser Raum wurde allerdings von wesentlichen Aktivitäten des Kirchenkampfes nicht erfaßt, jedenfalls sind sie nicht feststellbar. Man muß allerdings das Festhalten an der Evangelischen Kirche und an der unverkürzten Glaubensverkündigung auch als Distanzierung von einer

nationalsozialistischen Kirchenpolitik, als Nicht-unterwerfung sehen.

Die Katholische Kirche, die vor 1933 den Nationalsozialismus dezidiert ablehnte, wurde von Hitler anders behandelt, aber mit dem gleichen Ziel: ihr Einfluß auf die Gläubigen mußte gebrochen werden. Auch dabei wurden Entgegenkommen und Eingehen auf kirchliche Wünsche einerseits, Druck und Bedrängung andererseits miteinander verbunden. Im Juli 1933 gab das von Hitler angebotene und vom Vatikan letztendlich akzeptierte Reichskonkordat der Katholischen Kirche einen rechtlich gesicherten Kernbestand bei Freiheit ihrer religiösen Aktivitäten. Mit Hilfe staatlicher Gesetze zog das NS-Regime die Grenzen allerdings sofort enger, unterhalb der Ebene von Diplomatie und Bischofskonferenz hatten Pfarrer, Gemeinden und Laienorganisationen unter Schikanen und Druck zu leiden. Daß der Nationalsozialismus damit das Konkordat unter Be-teuerung guter Absichten bewußt unterließ, wurde von der Kirche zu spät erkannt und zu spät als gewichtig eingeschätzt.

Die kirchliche Organisation blieb auch in unserer Region intakt, aber die Behinderungen nahmen zu. Die versuchte Eingliederung der katholischen Jugend in die HJ vom Herbst 1933 an, die vielerorts scheiterte, die Einschränkung der kirchlichen Presse bis auf die Bistumsblätter, die Schikanen durch konkurrierende Aktivitäten der Partei an Sonn- und Feiertagen und kirchlichen Festen waren an der Tagesordnung.<sup>198</sup> Die meisten Laienorganisationen wurden aufgelöst, nur rein religiös ausgerichtete blieben begrenzt bestehen.<sup>199</sup> Was nicht mehr Kolpingsfamilie heißen durfte, traf sich freilich jetzt als Stammtisch oder Wanderverein. Pfarrer als Religionslehrer wurden abgelöst, Schulräume für religiöse Veranstaltungen wie Firmunterricht verweigert, Prozessionen oft unter vorgeschobenen Gründen verboten.

Freilich: gerade in den katholischen Gemeinden unserer Region scheint man nach Möglichkeit die Kirchen geschont zu haben – man wußte von der ungebrochenen Kirchentreue vieler Katholiken und wagte nicht mehr, denn eine verprellte Bürgerschaft wie beim Evangelischen Kirchenkampf wollte man nicht.

Aber Behinderungen waren weiter möglich und an der Tagesordnung. Als im Herbst 1935 am staatlich verordneten Reichsjugendsonntag sich die katholischen Gruppen zu einem großen

Jugendtreffen im Mainzer Dom versammelten, war der „Mainzer Anzeiger“ mehrere Tage lang voll von bissigen Kommentaren zu dieser „Provokation“.<sup>200</sup> Die Kriegsjahre brachten weitere Einschränkungen, aber die kirchlichen Aktivitäten blieben weiter möglich.

#### 5. Die Verfolgung der Juden

In unserem Bereich gab es fast überall jüdische Bürger – wenngleich nicht in großer Zahl – und kleinere jüdische Gemeinden. Von den ersten Maßnahmen der Nationalsozialisten 1933 blieben sie noch wesentlich verschont: prüft man die Presseberichte, so betraf der Boykott jüdischer Geschäfte vorwiegend die Stadt Mainz.<sup>201</sup> Die Entfernung von nichtarischen Beamten nach dem Gesetz über das Berufsbeamtentum spielte kaum eine Rolle, weil die ortsansässigen Juden überwiegend im Handel mit Wein und Landprodukten sowie im Einzelhandel tätig waren.

Direkte Verfolgungen blieben – nach dem negativen Auslandsecho 1933 – zunächst aus. Aber zweifellos haben die Mahnungen der NSDAP, nicht bei Juden zu kaufen, auch bei uns ihre langsam zunehmende Wirkung getan. Die Isolierung begann, wenngleich die Existenz der israelitischen Gemeinden nicht angetastet wurde.<sup>202</sup> Zu den schon sehr nachhaltigen Mitteln gehörte eine „Prangertafel“, die die Mainzer Zeitung veröffentlichte.<sup>203</sup> In Fettdruck wurden darin Personen angeprangert, die sich gegen den Geist des Nationalsozialismus „vergangen“ hatten. So wurde die Bereitschaft, jüdische Mitbürger als Arbeiter oder Angestellte zu beschäftigen, öffentlich angeprangert, oder einem Betriebsinhaber wurde das Wort, daß die Juden Menschen wie alle seien und sich nichts zuschulden kommen ließen, negativ ausgelegt. Auch kirchlich gebundene Bürger, die die Juden damals noch nicht verurteilen wollten, wurden an diesen Pranger gestellt. So geschah es auch einem Nieder-Olmer Landwirt, der seine Getreideernte einem jüdischen Händler verkaufte – weil er dies schon immer getan und gute Erfahrungen gemacht hatte.<sup>204</sup>

Dies war zwar für die Juden in unseren Gemeinden – noch – nicht direkt lebensbedrohlich, aber die abnehmenden Geschäfte raubten ihnen die Existenzgrundlage, die gesellschaftliche Isolierung tat ein übriges. So hat eine ganze Anzahl von Juden den Weg in die Emigration angetreten, rechtzeitig noch vor den Vernichtungsaktio-

nen. Andere zogen offensichtlich in die Städte, wo stärkere jüdische Gemeinden noch existieren konnten und die Glaubensgenossen sich gegenseitig stützen konnten. Das hat manchen – ohne daß dies hier ermittelt werden könnte – nicht vor dem Gang in die Konzentrationslager bewahrt.

Ein anderes Problem schuf die Rassengesetzgebung von 1935.<sup>205</sup> Soweit sie die strafrechtliche Verfolgung von Juden allein wegen ihrer Rasse und Religion ermöglichten, waren sie schlicht sittenwidrig und moralisch nicht zu rechtfertigen. Diese Gesetze führten aber auch dazu, daß nun nicht nur Angehörige des öffentlichen Dienstes, sondern viele andere Bürger den sogenannten „Arier-Nachweis“ führen mußten, d. h. den Nachweis aus Stammbaum, Familienbüchern, Kirchenbüchern und Standesamtsregistern, daß unter den Vorfahren bis zu den Großeltern kein Jude zu finden war. Daß sich im 19. Jahrhundert viele Juden taufen ließen, komplizierte die Sache – deshalb bestand der Nationalsozialismus auf Unterscheidung nach Rasse, nicht primär nach Religionszugehörigkeit. So entstand der Widersinn, daß manche Mitglieder ganz normaler Familien die sprichwörtlich gewordene „nichtarische Großmutter“ entdeckten; auch manchem Nationalsozialisten passierte das. Oft wurde dann Gesinnung gegen fehlende volle arische Abstammung aufgewogen, aber das Problem einer möglichen oder tatsächlichen Benachteiligung hing immer über dem Betroffenen.

Die sogenannte „Reichskristallnacht“ am 9. und 10. November 1938 hinterließ dann allerdings auch in unseren Gemeinden ihre Spuren. Es handelte sich um sorgfältig geplante Aktionen von SA und SS im ganzen Reichsgebiet. Bei diesen Aktionen wurden als angebliche „spontane Reaktion“ auf die Ermordung des Legationsrates von Rath an der deutschen Botschaft in Paris gegen jüdische Bürger und jüdische Einrichtungen vorgegangen. Jüdische Bürger waren Gewaltakten, Zerstörung ihrer Wohnungen und Geschäfte ausgesetzt, auch Plünderungen in Geschäften kamen vor; außerdem wurden an vielen Stellen die Synagogen zerstört und teilweise niedergebrannt.

In Nieder-Olm und den umliegenden Orten waren in der Regel kleinere Schäden zu verzeichnen<sup>206</sup> als etwa in dem benachbarten Mainz. Das nimmt den Vorgängen nichts von ihrer gewollten Bösartigkeit. In Nieder-Olm waren zwei geschädigte Geschäfte und ein Schaden von 2000 RM

festzustellen, nach damaligem Geldwert erheblicher Schaden; in Klein-Winternheim war es ein Geschäft mit 1000 RM Schaden. In Ober-Olm gab es vier Wohnungen mit 2000 RM Zerstörungen und in Klein-Winternheim eine geschädigte Wohnung. Das menschliche Leid können diese nüchternen Zahlen nicht wiedergeben. Aus dem Gebiet der heutigen Verbandsgemeinde wurden drei Juden „abgeliefert“, wie es im Polizeibericht heißt, also der Geheimen Staatspolizei unterstellt und mit großer Wahrscheinlichkeit in ein Konzentrationslager eingeliefert.<sup>207</sup>

Gebäude und Geschäfte wurden, teilweise provisorisch, instand gesetzt, aber noch am 18. April 1939 beklagte sich Nikolaus Faust aus Nieder-Olm, daß er seine Unkosten für die Reparatur jüdischer Geschäfte nicht erhalten habe. Während zwei Geschädigte zahlten, obwohl sie in keiner Weise an den Zerstörungen schuld waren, mußte die Gemeinde für die Verpflichtungen der ausgewanderten Eigentümer aufkommen.<sup>208</sup>

Aus einem Bericht vom 22. Mai 1940 geht hervor, daß die in Ober-Olm und Essenheim befindlichen Synagogen in den Besitz von „arischen“ Landwirten übergegangen seien.<sup>209</sup>

Noch existierende Firmen von Juden wurden jetzt von deutschen Betrieben übernommen, sicher nicht ohne nachdrückliche Einwirkung der Partei. So wurde z. B. die Düngemittelfabrik A. u. O. Abraham in Klein-Winternheim von den Chemischen Werken Albert in Amöneburg übernommen.<sup>210</sup>

Jüdischer Privatbesitz, Wohnungen, Häuser und Grundstücke durften zwar von den Eigentümern verkauft werden, aber der freie Handel war untersagt. Es war immer eine Genehmigung erforderlich; wurde sie nicht erteilt, blieben entweder öffentliche Nutzung oder private Pacht der Ausweg. Nicht immer erreichten die Erträge die jüdischen Eigentümer. Nach dem Wegzug oder der Inhaftierung der Juden wurden in der Regel Zwangsversteigerungen durchgeführt und die Erlöse den früheren Eigentümern oder deren Rechtsanwälten zugeleitet. Diese Abwicklung zog sich übrigens bis 1944 hin. Nichtjüdische Bieter durften erst auftreten, wenn sie eine Bietergenehmigung des Reichsstatthalters erhielten. In unserem Gebiet wurde die Masse der Fälle 1939/40 abgewickelt, wobei es vorwiegend um Häuser und Grundstücke in Nieder-Olm, Sörgenloch, Zornheim, Ober-Olm und Essenheim ging.<sup>211</sup>

#### 6. Die Neugestaltung der Gemeindeorgane 1933 und 1935

Auch die Gemeindeorgane überstanden das Jahr 1933 nicht ohne wichtige Änderungen und Eingriffe. Zwar wurde die Gemeindeverfassung zunächst nicht geändert. Aber im Sinne der schon geschilderten Gleichschaltung und gestützt auf entsprechende Verordnungen des Reichsinnenministers ordnete die neue nationalsozialistische Regierung Hessens im April 1933 die Neubildung der Gemeinderäte, Kreistage und des Provinzialtages an.

Die bisherige Zusammensetzung, so hieß die Begründung, gebe nicht mehr den in den Wahlen vom 5. März 1933 zum Ausdruck gekommenen Volkswillen wieder. In Wirklichkeit wollten die Nationalsozialisten in möglichst vielen Gemeinden das Heft in die Hand bekommen. Wahlen sollten allerdings zukünftig nicht mehr stattfinden – sie galten als Erscheinung der „Systemzeit“, wie die Jahre der Weimarer Demokratie nun bezeichnet wurden.

Die Gemeinderäte mußten von den Kreisämtern neu berufen werden. Die damals in den Räten vertretenen Parteien wurden zur Vorlage von Vorschlägen und Listen aufgefordert. Die neuen Gemeinderäte wurden im Verhältnis der im März 1933 erhaltenen Stimmen nach der Reihenfolge der Parteivorschläge bestellt. Allerdings wurden kommunistische Listen nicht mehr angefordert und vorgelegt. So standen in der Praxis – wo dies möglich war – nur noch Sozialdemokraten und vor allem die dem Zentrum angehörenden Gemeinderäten denen der NSDAP gegenüber.<sup>212</sup>

Trotz dieser an sich rechtswidrigen Vorgehensweise waren damit noch nicht überall nationalsozialistische Mehrheiten gewährleistet. Sie gab es nun in Jugenheim, Elsheim, Stackeden und Essenheim. Aber im neuen Kreistag von Mainz waren es sechs Vertreter des Zentrums und fünf Sozialdemokraten, die den neun Nationalsozialisten gegenüberstanden.<sup>213</sup> Kein Wunder, daß immer mehr auf dem Verordnungs- und Anordnungswege an den Gemeindeparlamenten vorbeigearbeitet wurde. Mit der Auflösung der Parteien wurden im übrigen ohnedies vor allem die sozialdemokratischen Mitglieder zur Niederlegung der Mandate gezwungen.

In den Ortsgemeinden blieben die Bürgermeister und Beigeordneten in der Regel im Amt. In Stackeden und Nieder-Olm wurden allerdings

noch im Frühjahr 1933 die Bürgermeister durch Anordnung des hessischen Innenministers abgelöst. Damit wurde am 20. März 1933 die Amtszeit der Bürgermeister Reichert und Sieben für beendet erklärt.<sup>214</sup> An Reicherts Stelle trat in Stackeden der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Moritz Cramer, als kommissarischer Bürgermeister; in Nieder-Olm wurde Jacob Eckes II zum Nachfolger berufen.

Auch Bürgermeister Berz in Sörgenloch entsprach wohl nicht den Vorstellungen der Nationalsozialisten, er war zu lange Repräsentant einer vom Zentrum bestimmten Gemeinderatsmehrheit gewesen. Berz trat Ende 1933 zurück, mit ihm der Beigeordnete Heinrich Michel. An ihrer Stelle wurden vom Kreisamt Mainz auf Vorschlag der NSDAP der Landwirt Friedrich Wilhelm Simon als kommissarischer Bürgermeister und Johann Knußmann als Beigeordneter eingesetzt.<sup>215</sup>

In Zornheim blieb Bürgermeister Zimmermann im Amt – trotz der Zentrums-Mehrheit, oder vielleicht gerade deswegen stand er nicht unter Angriffen der Partei.

Im Jahre 1935 wurde die neue Deutsche Gemeindeordnung als reichseinheitliches Gesetz erlassen, die endgültig das hessische Gemeinderecht ablöste. Damit wurden die Gemeinden nicht nur faktisch sondern auch rechtlich gleichgeschaltet. In Nachbildung des Führerprinzips wurden dem Bürgermeister alle entscheidenden Funktionen übertragen. Der Gemeinderat behielt lediglich beratende Funktion, der Bürgermeister konnte ihn vor wichtigen Entscheidungen anhören. Die Zahl der Ratsmitglieder belief sich jetzt noch auf vier bis sechs Personen, die durch Ernennung von oben bestellt wurden. Kein Wunder, daß die Beratungen weniger oft stattfanden, kürzer wurden und zum Schluß, während der Jahre des Zweiten Weltkrieges, allenfalls noch eine oder zwei Sitzungen pro Jahr abgehalten wurden.<sup>216</sup> Freilich war nunmehr der Bürgermeister auch viel stärker den Weisungen der vorgesetzten Behörden unterworfen – alleinige kommunale Aufgaben in der Selbstverwaltung gab es praktisch nicht mehr.

Als Neuerung wurde außerdem im Juni 1933 eingeführt, daß der Gemeinderat in den Landgemeinden einen „landwirtschaftlichen Fachberater“ beigestellt erhielt. Es handelte sich in der Regel um den örtlichen Repräsentanten der neu gebildeten Reichsbauernschaft, den Ortsbauernführer. Er mußte zu den Ratssitzungen eingeladen

werden und sollte die Interessen der Landwirte vertreten.<sup>217</sup>

Aufgrund der Deutschen Gemeindeordnung mußten die Gemeinderäte 1935 neu gebildet werden. Wie 1933 wurden sie auf Vorschlag der NSDAP vom Kreisamt Mainz oder Bingen ernannt. Nur in Zornheim, Sörgenloch und Klein-Winternheim ist aufgrund der Namen erkennbar, daß man dabei noch ein wenig Rücksicht auf die katholische, bis 1933 dem Zentrum verpflichtete Mehrheit der Bevölkerung nahm. Ende 1935 wurden dann durch besondere Beauftragte – im Kreis Mainz war dies der Kreisleiter der NSDAP, Oberbürgermeister Barth – die neuen Bürgermeister vorgeschlagen, vom Kreisamt ernannt und in ihr Amt eingeführt.

In Klein-Winternheim, Essenheim und Zornheim wurden die Bürgermeister Schreiber, Schott und Zimmermann erneut vorgeschlagen und ernannt.<sup>218</sup> In Klein-Winternheim und Essenheim blieben auch die Beigeordneten, wurden nur um einen weiteren verstärkt. In Zornheim wurde der Beigeordnete Jakob Sieben X schon im Sommer 1935 abgelöst. Man hatte einen nichtigen, für die NSDAP allerdings maßgebenden Anlaß gefunden. Das Kreisamt Mainz schrieb ihm: „Ihre Tätigkeit als Beigeordneter (wird) im Einvernehmen mit der Kreisleitung aufgrund der im Schreiben vom 9. des Monats enthaltenen Gründe hiermit für beendet erklärt.“ Der Grund war ebenso banal wie typisch: Sieben hatte den Auftrag, die Verpachtung der Gemeindejagd im Mainzer Anzeiger zu veröffentlichen. Er gab den Auftrag aber an das (katholische) Mainzer Journal, sicher absichtlich, aber, wie er auf die Rüge erklärte, weil er gerade dort in der Nähe zu tun gehabt habe. „Durch ihr Verhalten haben Sie ihre politische Unzuverlässigkeit im nationalsozialistischen Staat unzweifelhaft bewiesen“, schrieb das Kreisamt. Als neue Beigeordnete wurden Friedrich Schmitz V und Karl Diehl bestellt.<sup>219</sup>

Ebenfalls im Herbst 1935 trat in Ober-Olm Bürgermeister Bär an die Stelle von Bürgermeister Metzler, als Beigeordneter wurde Johann Schmahl eingesetzt.<sup>220</sup> In Sörgenloch wurde Bürgermeister Simon bestätigt mit den Beigeordneten Knußmann und Heinrich Steib. In Nieder-Olm erfolgte die endgültige Einsetzung von Bürgermeister Eckes, dem der Beigeordnete Karl Zimmermann beigestellt wurde; dieser versah auch nach dem Ausscheiden von Eckes das Amt,

das dann Bartholomäus Horn bis zum Kriegsende innehatte.

Stadeckens Bürgermeister Cramer wurde schon Anfang 1934 als kommissarischer Bürgermeister nach Hechtsheim versetzt.<sup>221</sup> An seine Stelle trat zunächst kommissarisch, ab Herbst 1935 endgültig Adam Boller mit dem Beigeordneten Friedrich Dechent IV.<sup>222</sup>

Der Bürgermeister von Elsheim, Krug, der schon vor dem Ersten Weltkrieg in sein Amt gewählt worden war, trat Anfang 1934 altershalber zurück. An seine Stelle trat von der örtlichen NSDAP August Niederauer<sup>223</sup>, der auch bald in Jugenheim eine Rolle spielen sollte.

Dort war die Lage schwieriger. Bürgermeister Freund trat im März 1935 „aus Überlastung und gesundheitlichen Rücksichten“ zurück. Es war ihm allerdings offensichtlich nicht gelungen – vielleicht hatte er dies auch gar nicht gewollt – ein gutes Verhältnis zu den örtlichen Nationalsozialisten oder einem Teil von ihnen zu gewinnen. Diese hatten aber in Jugenheim auch so stark mit inneren Gegensätzen zu kämpfen, daß man keinen geeigneten Bürgermeister aus ihren Reihen ernennen konnte. Es scheint teilweise ein Kampf gegen den bisherigen Bürgermeister Freund, teils ein Kampf um seine Nachfolge gewesen zu sein.

Deshalb wurde das Problem durch das Kreisamt Bingen entschieden, sicher unter Mitwirkung der Kreisleitung der NSDAP. Am 28. März 1935 fand eine dringliche und geheime Gemeinderatssitzung statt, die Kreisdirektor Peters aus Bingen leitete.

Er wies in seiner Ansprache darauf hin, „daß die Verhältnisse in der Gemeinde Jugenheim, die Spaltungen und Gegensätze innerhalb der nationalsozialistischen Partei es notwendig gemacht hätten, für hoffentlich nur vorübergehende Zeit eine auswärtige neutrale Kraft als Bürgermeister einzustellen.“ Bürgermeister Freund und seine Verdienste wurden ausführlich gewürdigt und hervorgehoben, er habe sich keinerlei Verfehlungen zuschulden kommen lassen. Als neuer Bürgermeister wurde der Elsheimer Bürgermeister August Niederauer eingesetzt, der das Amt formell bis Kriegsende versah.<sup>224</sup>

### 7. Nationalsozialistischer Alltag

Eine der Folgen der nationalsozialistischen Alleinherrschaft und der Scheinwahlen mit Ergebnissen von 99 % Zustimmung war es, daß sich die

Partei und ihre Funktionäre nie völlig sicher sein konnten, in welchem Umfang das Volk hinter ihnen stand. Die Mehrheit war es sicher lange – aber wie groß war die widerstrebende und unsichere Minderheit? Die bislang veröffentlichten Dokumentationen über den Nationalsozialismus im Alltag zeigen<sup>225</sup>, daß gerade in Gebieten mit einer starken Stellung der Arbeiterschaft oder der Kirchen, vor allem der Katholischen Kirche und der Evangelischen bekennenden Kirche, die Solidaritätserfolge der Partei begrenzt, die innere Distanzierung der Bürger erkennbar war, auch wenn sie formal und verbal Bekenntnisse zum Regime ablegten und sich im Alltag anpaßten.

Allerdings verlangte der ideologische Anspruch des totalitären Führerstaates, daß sich die Bürger auch im zivilen Leben, im Sportverein, im Gesangs- und Musikverein, in geselligen und kulturellen Vereinigungen, dem Nationalsozialismus unterzuordnen hatten. Teilweise war durch Gleichschaltung auch hier die Führung von Nationalsozialisten erreicht worden. Freilich hat man an vielen Orten diese Unterordnung zur Farce, das Parteibekenntnis zur Äußerlichkeit gemacht und den eigentlichen unpolitischen Zweck des Vereins hochgehalten.

Wo allerdings Nationalsozialisten engagiert sich solcher Vereine annahmen, wurden Zurückhaltung, Distanz, Fernbleiben, unpolitisches Freizeitvergnügen nicht geduldet; wer sich so verhielt, wurde auch öffentlich kritisiert und herabgesetzt. Persönliche Nachteile, bei Geschäftsinhabern auch geschäftliche Nachteile waren die Folge. Ein Beispiel: Am 20. März 1936 wurde in Sörgenloch der Gemeinderat unter „Verschiedenes“ informiert: „Gemäß Mitteilung der NSV (= National-Sozialistische Volkswohlfahrt) sollen in Zukunft die Lieferanten (der Gemeinde) die Mitgliedschaft der NSV nachweisen“.<sup>226</sup> Auch aus der Presse und für Zornheim sind solche Mitteilungen bekannt, wurden also überall als Druckmittel praktiziert.

Dies galt aber nicht nur für die NSV. 1935 beklagte sich die Deutsche Arbeitsfront, Ortsgruppe Nieder-Olm, daß immer noch nicht alle Gewerbetreibenden der DAF beigetreten seien; diese sollten von Lieferungen und Aufträgen, die von der Gemeinde vergeben werden, ausgeschlossen werden.<sup>227</sup>

Die Gleichschaltung, die totale Inanspruchnahme des öffentlichen Lebens und die volle

Kontrolle aller öffentlichen Amtsinhaber, insbesondere durch die Aussonderung der Juden, setzte schon 1933 ein. Bereits in diesem Jahr verschickte die hessische Regierung Fragebogen, durch die alle öffentlichen Bediensteten bescheinigen sollten, daß sie keiner der inzwischen verbotenen Parteien angehört hatten und arischer Abstammung seien. In Zornheim z. B. gaben neben Bürgermeister und Beigeordnetem der Gemeindecassier Braunbeck (seit 1928 tätig), der Polizeidiener Matthias Kneib und sogar die Feldschützen Reibel und Johann Georg Sieben die entsprechende Erklärung ab. 1935 wurde erneut für alle jüdischen Beamten in den Gemeinden die sofortige Entlassung angeordnet – es gab offensichtlich hier und da noch einige.

1937 mußten erneut Erklärungen der Gemeindebediensteten über arische Abstammung und Parteimitgliedschaft abgegeben werden. In Zornheim war keiner der Bediensteten Parteimitglied, weder die Hebamme noch der Faselwärter, weder der Polizeidiener noch der Gemeindecassier. Lediglich die beiden Feldschützen waren im Mai 1933 der NSDAP beigetreten und gehörten der SA an. Die übrigen gaben lediglich die – fast unvermeidlichen – Mitgliedschaften bei DAF und NSV an.<sup>228</sup>

Die beiden Feldschützen wurden übrigens trotz ihres späten Parteintritts als „Alte Kämpfer“ der NSDAP geführt – eine Bezeichnung, die ursprünglich nur Mitgliedern aus der Zeit vor 1932 zukam. Als nach einem Erlaß des Reichsstatthalters Sprenger vom 4. 4. 1934 angeordnet wurde, solche „Alten Kämpfer“ in freie Stellen bei der Gemeinde einzustellen, meldete die Gemeinde diese beiden Bediensteten.<sup>229</sup>

Der Eifer und der Einsatz für die Partei brachte regelmäßig Aktivitäten als Arbeitsnachweis hervor. Allenthalben wurden beispielsweise noch 1933 Anträge formuliert, um Straßen und Plätze den Namen Hindenburgs, aber auch vor allem Adolf Hitlers und anderer Parteigrößen zu geben. Solche Anträge erfolgten in vielen Gemeinden – in Nieder-Olm wurde die Pariser Straße in „Hindenburgstraße“ umbenannt, als Beispiel seien Zornheim und Sörgenloch zitiert, weil dort die Unterlagen erhalten sind.<sup>230</sup> Schon am 12. Mai 1933 stellte die NSDAP – Ortsgruppe Zornheim – die es ausweislich späterer Akten nicht gab – an die Gemeinde den Antrag, die neue, unbenannte Straße in der Verlängerung der

Universitätsstraße nach der Hahnheimer Straße in Adolf-Hitler-Straße umzubenennen. Der freie Platz am Kriegerdenkmal, die sogenannte Linde, sollte Horst-Wessel-Platz heißen.<sup>231</sup>

In Sörgenloch gab es am 30. Juli 1933 einen ähnlichen Antrag, den sogenannten „Freien Platz“ in Adolf-Hitler-Platz umzubenennen.<sup>232</sup> Erfolgreich war der Antrag aus unbekanntem Gründen nicht, denn 1937 ist ein neuer Antrag zu verzeichnen. Damals wurde die Benennung des Platzes „An der Welt“, wie es im Ratsprotokoll hieß, in „Adolf-Hitler-Platz“ beschlossen. In der gleichen Sitzung hieß es: „Auf Antrag des Gemeinderates Jakob Schreiber als Führer der SA in der Gemeinde wird nach einer Verfügung der SA-Standarte der Beschluß gefaßt, eine Hauptverkehrsstraße, die Mainzer Straße, in „Straße der SA“ umzubenennen.“<sup>233</sup> Trotzdem behielt die Straße bei der Bevölkerung natürlich ihren alten Namen.

An den Aktivitäten der Partei mußten sich Amtsinhaber natürlich auch beteiligen, wenn sie nicht Mitglied waren. Wer sich nicht anpaßte, erhielt Schwierigkeiten gemacht. So lud beispielsweise die Ortsgruppe Nieder-Olm der NSDAP am 30. Januar 1937 die benachbarten Nationalsozialisten und Gemeinden zu einem Fackelzug aus Anlaß des vierten Jahrestages der Machtübernahme ein. Pflichtgemäß mußten aus Zornheim Bürgermeister, Beigeordnete und Gemeinderäte teilnehmen. Aufstellung sollte übrigens um 20 Uhr an der Hubertusmühle in der Hindenburgstraße sein; im Anschluß war ein Kameradschaftsabend vorgesehen – so hieß das, wenn man anschließend eine Gaststätte aufsuchte.<sup>234</sup>

Solche Veranstaltungen fanden aus allen möglichen Anlässen immer wieder statt. In Sörgenloch beispielsweise wurde nach einer solchen Parteiversammlung 1934 im Gemeinderat notiert: „Zunächst wurde das Fernbleiben des Heinrich Illy II von heute (= heutige Sitzung) und die Interesselosigkeit der Gemeinderäte außer dem Jakob Sieben und der entschuldigenden Jakob Friedrich Geibel und Josef Sieben durch unentschuldigtes Fernbleiben bei einer Versammlung am 11. Juni ds. Jahres der Ortsgruppe Nieder-Olm gerügt.“<sup>235</sup> Die Ratsmitglieder hatten sich wohl mit Bedacht der Veranstaltung entzogen.

In Zornheim ist auch – wie vermutlich in anderen Gemeinden, Nachweise liegen nicht vor – die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Reichsprä-

sident von Hindenburg und den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler beschlossen worden. Die Annahmeschreiben und Urkundenentwürfe liegen noch im Gemeindearchiv vor.<sup>236</sup>

In begrenztem Umfange unterstützten übrigens die Gemeinden die Partei und ihre Gliederungen. In Sörngenloch wurde der HJ ein Raum des alten Schulhauses zur Verfügung gestellt<sup>237</sup>, in den Gemeinden kamen die Mittel für Jugendarbeit in der Regel der HJ zugute.<sup>238</sup> In Essenheim abonnierte die Gemeinde das antisemitische Hetzblatt des Frankenführers Julius Streicher für 4 RM jährlich.<sup>239</sup>

Im übrigen waren natürlich die normalen und regulären Gemeindeangelegenheiten zu entscheiden. In Sörngenloch mußte man Geld für die Renovierung des alten Schulhauses aufbringen, 1934 stimmte man endgültig der Selbregulierung zu.<sup>240</sup> 1935 beschwerte sich der Rat bei der zuständigen Provinzialdirektion wegen des Straßenzustandes; man hielt eine Erneuerung der Mainzer Straße für notwendig, „zwecks Beseitigung der ungeheuren, gesundheitsschädlichen Staubentwicklung.“<sup>241</sup>

Ein Beispiel für die Gemeindesteuern: in Sörngenloch wurde 1936 die Gemeindesteuer bei je 100 RM Steuerwert mit 32,8 Pf. Grundsteuer für Gebäude und 71,5 Pf. für landwirtschaftliche Fläche festgesetzt.<sup>242</sup> Die Gewerbesteuer stellte sich je 100 RM Steuerwert auf 66 Pf. für das Kapital, auf 352 Pf. für den Ertrag. Die Bürgersteuer betrug 150 % des sog. Reichssatzes, das waren, wenn man nachrechnet, 130 RM. Als sie 1936 auf 500 % erhöht werden mußte – wegen der Zunahme der Kosten von Wohlfahrtsausgaben – brachte dies der Gemeinde eine Mehreinnahme von 300 RM.

Am 20. März 1936 beschloß man auch in Sörngenloch: „Die vom Landgemeindegang angelegte Sitte, den Hochzeitspaaren das Werk des Führers ‚Mein Kampf‘ zu überreichen, soll hier eingeführt werden.“<sup>243</sup> Dabei hatte man aber wohl die Feinheiten des Kampfes gegen das Judentum übersehen – am 24. August wurde die Sitte auf „deutsche, reinblütige Ehepaare“ beschränkt.<sup>244</sup>

1939 stand in Sörngenloch die Erweiterung des Baugeländes unterhalb des Nieder-Olmer Weges an. Im Juni wollte der Bürgermeister eine Schreibhilfe einstellen für die Gemeindegeschäfte und sah dafür jährlich 300 RM Kosten vor. Be-

schäftigt werden sollte Jakob Schlösser. Doch dieser lag wohl nicht politisch auf der Linie der NSDAP, denn der Gemeinderat Sieben als Vertreter der Partei erhob Einspruch, so daß die Angelegenheit verschoben und nicht wieder aufgegriffen wurde.<sup>245</sup>

#### 8. Der Zweite Weltkrieg und das Ende des Dritten Reiches

Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch Hitler am 1. September 1939 hat, obwohl sich manches vorbereitet hatte, die Verhältnisse in den Gemeinden wieder wesentlich verändert. Die Einziehung und Mobilisierung vieler junger Männer, die Durchsetzung einer rigiden Kriegswirtschaft und die vielfachen Beschränkungen kennzeichneten die Änderung. Der Aufschwung der Rüstungsproduktion, die zunehmende Erfassung von Wirtschaft und Landwirtschaft, die hartnäckige Steigerung ihrer Leistungen durch den Vierjahresplan Görings und die Ausdehnung des Reiches durch den Anschluß Österreichs (1938), des Sudetenlandes (Oktober 1938), der Gebietsteile Böhmen und Mähren der tschechoslowakischen Republik (März 1939) als Protektorat lösten Optimismus und Sorge zugleich aus.

Optimismus, weil sich Hitler friedlich überall durchzusetzen schien, die Kriegsgefahr immer wieder abgewendet wurde; die Expansion, vor allem die Angliederung Österreichs, wurde als Aufhebung einer widernatürlichen Trennung eher positiv bewertet. Daneben stand aber die Sorge, daß die anderen Staaten Europas nicht immer zu Zugeständnissen um des lieben Friedens willen bereit sein würden, die Expansion der Nationalsozialisten eigentlich nicht hinnehmen könnten und hinnehmen würden. Die Konsequenz war dann, daß diese Entwicklung nur mit militärischen Mitteln zu stoppen war – und das hieß logischerweise Krieg. Die zunehmende Machtentfaltung des Dritten Reiches nährte zusätzlich die Angst vor einer immer weiter um sich greifenden totalen Erfassung aller Bürger und ihrer Lebensäußerungen.

Der Krieg brachte Einschränkungen auf allen Gebieten. Der Landwirtschaft und Wirtschaft wurden Arbeitskräfte entzogen, nicht nur die jüngeren, bald auch die älteren Männer. Die Lebensmittel wurden rationiert und waren nur auf Marken zu haben, die Ernte wurde weitgehend durch kriegswirtschaftliche Maßnahmen erfaßt.

Durch das Sammeln von Feld- und Waldprodukten aller Art suchte man die letzten Reserven zu gewinnen, denn Einfuhren aus dem Ausland waren nur ganz begrenzt möglich. Diese Aktionen wurden dann aber auch mit einem fast lächerlichen propagandistischen Aufwand veranstaltet. So lautete ein Schreiben, aufbewahrt im Archiv der Gemeinde Zornheim, vom 28. Mai 1941:<sup>246</sup> „Durch den Erlaß vom 10. Februar 1941 . . . ist die Hitler-Jugend zum Einsatz bei der Sammlung von Tee- und Heilkräutern aufgerufen. Die *Hitler-Jugend trägt die alleinige Verantwortung* für das Aufkommen und damit für die *Versorgung des deutschen Volkes* in Lindenblüten. Von dem Ausgang dieser Aktion hängt es ab, ob der Bedarf des Reiches an Lindenblüten im kommenden Jahr aus eigener Ernte gesichert werden kann. Der Einsatz läßt sich nur dann mit Erfolg durchführen, wenn den sammelnden Einheiten Leitern, Gartenschere und andere Geräte in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Ich bitte deshalb, auf die Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie die Einheiten der Hitler-Jugend mit Geräten der Hochbauverwaltung, Stadtgärtnereien oder des Feuerlöschwesens an den Tagen, an denen Stoßaktionen angesetzt sind, kräftig unterstützen, soweit dies . . . möglich ist.“

Solche Aktionen gab es viele, als „Einsatzschlacht“ militärisch deklariert. In ihrer Mischung aus Aktionismus und bürokratischer Perfektion, hochgeputzter Bedeutung auch kleiner Aufgaben und propagandistischer Überhöhung der Verantwortung ist diese Anordnung typisch für jene Jahre.

Überhaupt spielte die propagandistische Durchdringung allen Lebens und vor allem aller Informationen offizieller Art im Krieg eine noch viel größere Rolle. In den Gemeinden mußten hingegen viele öffentliche Aktivitäten eingeschränkt oder auch eingestellt werden.

Die zunehmenden Luftangriffe auf die Großstädte behelligten letztlich auch unsere Heimorte. Die Zahl der Gefallenen und Vermißten

wuchs im Laufe des Krieges. War Hitler anfangs noch scheinbar auf der Straße des militärischen Sieges, so zeigte sich spätestens ab dem Winter 1942/43, in welchem Maße Hitler mit seinen maßlosen kriegerischen Expansionsplänen die Kraft von Volk und Staat weit überforderte, das Vertrauen, ja, den in ihn gesetzten Glauben auch der unbeirrbar Anhänger verspielte und enttäuschte und letztlich mit seinen militärischen Plänen wie mit seinen propagandistischen Kraftakten kaum mehr ein rechtes Verhältnis zur Wirklichkeit besaß.

Die Bevölkerung, von der zunehmend dominierenden Herrschaft von Partei, SS, Gestapo und Polizei eingeschüchtert, wagte es nicht, den Gegnern Hitlers im Innern und Äußeren Sympathie entgegenzubringen. Man beschränkte sich in den letzten Kriegsmonaten auf das stoische Hinnehmen und Dulden auch der letzten Kraftanstrengungen, hoffend, daß im entscheidenden Einzelfall Vernunft die gläubige, ideologische Borniertheit von bis zum Untergang kampfeswilligen Funktionären ablösen würde.

Neben vielen Kriegstoten hatten unsere Gemeinden auch unter Luftangriffen zu leiden – die Chronik von Zornheim notiert sie.<sup>247</sup> Zwar waren es zunächst noch Einzelfälle von Bombenabwürfen, wie 1940, 1943 und 1945. Zerstörungen vor allem in Nieder-Olm brachten die Begleitangriffe der großen Luftangriffe auf Mainz am 1. und 27. Februar 1945.

Ausgebombte und Evakuierte waren in den Gemeinden aufzunehmen, die Fahrverbindungen und die Versorgung wurden immer schwieriger. Ende März 1945 rückten amerikanische Truppen von Wörrstadt her in unsere Gemeinden ein; nur an wenigen Stellen gab es noch vereinzelte Gefechte mit Geschützfeuer, die noch Opfer kosteten. Für unsere Heimat war der Krieg zu Ende, das Dritte Reich untergegangen, die Nation zerbrochen, der Staat aufgelöst, die Menschen enttäuscht, entsetzt, verstört, orientierungslos. Aber die Chance zu einem neuen Weg war gegeben.

<sup>1</sup> Vgl.: 1200 Jahre Jugenheim/Rheinessen 767–1967, Jugenheim 1967. – 771–1971. 1200 Jahre Zornheim. Beiträge aus der Geschichte der Gemeinde, Zornheim 1971. – Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Klein-Winternheim, Klein-Winternheim 1978.

<sup>2</sup> Es kommen folgende Akten in Frage: Elsheim: Abt. I, II, IX, XV; Essenheim: vermißt; Klein-Winternheim: I, XV; Jugenheim: Abt. XV, Ratsprotokollbücher; Nieder-Olm: Abt. I, II, XV, Ratsprotokollbücher (bis 1919);

Ober-Olm: Abt. XV; Sörngenloch: Abt. III, XV, Ratsprotokollbücher; Stackeden: Abt. I, II, VIII; Zornheim: Abt. I, III, XV, XIX. Die Akten werden zitiert: A. (= Archiv) – Name der Gemeinde – Abteilung – Abschnitt. Die Ratsprotokolle werden zitiert: RPB – Seitenzahl des Protokollbuches, soweit vorhanden – Datum der Sitzung.

<sup>3</sup> Es wurden vor allem herangezogen: Mainzer Anzeiger, Mainzer Journal, Amtsverkündigungsblatt für das Kreisamt



Mainz und die Provinzialdirektion der Provinz Rheinhessen, abgekürzt zitiert: AVBl.

<sup>4</sup> Landesarchiv Speyer, Bestand H 53 – Kreisamt Mainz.

<sup>5</sup> Die Darstellung der Ereignisse der deutschen Geschichte im gesamten Abschnitt von 1918–1945 wird jeweils gegeben, soweit sie als Rahmen des Geschehens in unseren Gemeinden erforderlich ist. Sie folgt den allgemein zugänglichen Handbüchern: *Karl Dietrich Erdmann*, Die Zeit der Weltkriege, in: Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4, 9. Aufl., Stuttgart 1970/76. – *Albert Schwarz*, Die Weimarer Republik, in: Handbuch der Deutschen Geschichte, begr. v. Otto Brandt, fortgef. v. Arnold Oskar Meyer, neu hg. v. Leo Just, Bd. 4, Teil 1, Abschnitt 3, Konstanz 1958. – *Walter Hofer*, Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, im gleichen Handbuch, Band 4, Teil 2, Abschnitt 4, 3. Aufl., Konstanz 1971. – *Herbert Michaelis*, Der Zweite Weltkrieg 1939–1945, im gleichen Handbuch, Bd. 4, Teil 2, Abschnitt 5, Konstanz 1965. – Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, 3 Bde., Stuttgart 1971–1973. – *Gerhard Schulz*, Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg 1918–1945 (Deutsche Geschichte, hg. v. Joachim Leuschner, Bd. 10), Göttingen 1976.

<sup>6</sup> Vgl. hierzu in aller Kürze: *Karl E. Demandt*, Geschichte des Landes Hessen, 2. Aufl., Kassel 1972.

<sup>7</sup> Ergebnisse der Wahlen zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und zur Verfassunggebenden Volkskammer im Freistaat Hessen, hg. v. d. Zentralstelle für Landesstatistik, Darmstadt 1919.

<sup>8</sup> Die Ergebnisse in Hessen nach den amtlichen Zahlen (s. Anm. 7): Nationalversammlung: SPD 44,3 %, DDP 19,0 %, Z 17 % (= zusammen 80,3 %) sowie DVP 11,2 %, Hessische Volkspartei 7,4 %, USPD 1,5 %. Hessische Volkskammer: SPD 44,5 %, DDP 18,9 %, Z 17,6 % (= zusammen 81,0 %) sowie DVP 10,1 %, Hessische Volkspartei 7,4 %, USPD 1,5 %.

<sup>9</sup> Vgl. die Zusammenstellung der Wahlergebnisse für das Land Hessen im Anhang, Tabelle 1 und 2.

<sup>10</sup> Die folgende Darstellung für 1918/19 weitgehend nach den Mainzer Zeitungen, Mainzer Anzeiger, Mainzer Journal.

<sup>11</sup> A. Nieder-Olm, RPB S. 329 f., Sitzg. v. 23. 11. 1918. Das Amt des Bürgermeisters verwaltete damals der Adjunkt Seibert, vgl. RPB S. 283, Sitzg. v. 23. 2. 1917.

<sup>12</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 66, Sitzg. v. Anfang 1919 (ohne Datum).

<sup>13</sup> A. Nieder-Olm, RPB S. 332, Sitzg. v. 18. 12. 1918.

<sup>14</sup> A. Nieder-Olm, RPB S. 341, Sitzg. v. 28. 3. 1919.

<sup>15</sup> A. Nieder-Olm, RPB S. 341, Sitzg. v. 28. 3. 1919.

<sup>16</sup> Mainzer Journal v. 4. 7. 1919.

<sup>17</sup> A. Nieder-Olm, RPB S. 348, Sitzg. v. 11. 4. 1919.

<sup>18</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 60, Sitzg. v. 26. 12. 1918.

<sup>19</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 154, Sitzg. v. 27. 12. 1924.

<sup>20</sup> Mainzer Journal v. 8. 7. 1919.

<sup>21</sup> Mainzer Journal v. 11. 2. 1919.

<sup>22</sup> Mainzer Journal v. 15. 3. 1919.

<sup>23</sup> Mainzer Journal v. 13. 2. 1919.

<sup>24</sup> Mainzer Journal v. 7. 4. 1919.

<sup>25</sup> Mainzer Journal v. 9. 4. 1919.

<sup>26</sup> 1200 Jahre Zornheim (wie Anm. 1) S. 160.

<sup>27</sup> A. Nieder-Olm, RPB S. 335, Sitzg. v. 29. 1. 1919.

<sup>28</sup> Vgl. Mainzer Journal v. 25. 2. 1919 mit der Bekanntmachung, daß auf Weisung des alliierten Oberkommandos im besetzten Gebiet keine Gemeinderatswahlen stattfinden sollten.

<sup>29</sup> A. Nieder-Olm, RPB S. 347, Sitzg. v. 4. 4. 1919; Mitglieder des Rates waren damals Jakob Eckes I, Adam Eifinger, A. Fuchs, Heinrich Kabey, Philipp Stohr, F. Schmitt.

<sup>30</sup> Bekanntmachung v. 24. 9. 1919, AVBl. Nr. 95 v. 2. 10. 1919. Eine erste, möglicherweise wegen Einspruchs der Besatzung nicht verwirklichte Auflösung datiert vom Mai 1919, vgl. Mainzer Journal v. 7. 5. 1919.

<sup>31</sup> Vgl. die Landgemeindeordnung von 1874, Regierungsblatt 1874, S. 343 ff., in der Neufassung von 1911 im Regierungsblatt 1911, S. 443 ff.; dazu die Darstellung bei Wilhelm von Calker, Das Staatsrecht des Großherzogtums Hessen, Tübingen 1913, S. 113 ff. – *Norbert Böhm*, Bürgermeister und Gemeindevertretung nach hessischem Gemeindefrecht, Jur. Diss. Heidelberg 1950.

<sup>32</sup> Vgl. die besondere Bekanntmachung der hessischen Staatsregierung vom Juli 1919, Mainzer Journal v. 24. 7. 1919.

<sup>33</sup> Vgl. hierzu die für die einzelnen Gemeinden teilweise erhaltenen Wahlakten im Gemeindearchiv Nieder-Olm.

<sup>34</sup> AVBl. Nr. 20 v. 11. 2. 1920.

<sup>35</sup> AVBl. Nr. 20 v. 11. 2. 1920.

<sup>36</sup> A. Nieder-Olm, RPB S. 397, Sitzg. v. 27. 11. 1919. Es waren Philipp Barber, Anton Fuchs, R. Sieben, B. Klepper IV, Lorenz Schwarz, Dr. Otto Michel, Anton Barber, Peter Dietrich, Anton Haubey und Friedrich Dany.

<sup>37</sup> AVBl. Nr. 128 v. 29. 12. 1919.

<sup>38</sup> AVBl. Nr. 1 v. 3. 1. 1920.

<sup>39</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 73, Sitzg. v. 6. 12. 1919; AVBl. Nr. 1 v. 3. 1. 1920.

<sup>40</sup> AVBl. Nr. 33 v. 9. 3. 1920.

<sup>41</sup> AVBl. Nr. 124 v. 17. 12. 1919 und Nr. 6 v. 14. 1. 1920.

<sup>42</sup> AVBl. Nr. 124 v. 17. 12. 1919; Nr. 12 v. 22. 1. 1920.

<sup>43</sup> A. Jugenheim, RPB, Sitzg. v. 4. 9. 1921.

<sup>44</sup> AVBl. Nr. 93 v. 24. 9. 1919; Nr. 6 v. 14. 1. 1920.

<sup>45</sup> A. Zornheim, Abt. III, Abschn. 1, Wahlakten.

<sup>46</sup> A. Zornheim, Abt. III, Abschn. 1 mit Wahlakten und Wahlanfechtungsakten.

<sup>47</sup> Ratsmitglieder wurden Heinrich Sieben III, Heinrich Zimmermann, Josef Kron I, Balthasar Becker II, Karl Becker I, Johann Gläser II, Johann Plattner, Hans Sieben und Georg Bord.

<sup>48</sup> A. Stackeden, Abt. XV, Abschn. Nr. 4.

<sup>49</sup> Die folgende Darstellung stützt sich auf die offiziellen Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Zentralamtes. Lediglich die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 5. März 1933 wurden dort nicht mehr veröffentlicht und mußten den Zeitungen entnommen werden (Mainzer Anzeiger, Mainzer Journal). Für die genauen Wahlergebnisse nach Gemeinden s. die Tabellen in Anhang.

<sup>50</sup> *Max Schwarz*, Mdr. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965, S. 677. Vgl. auch den Beitrag von *H. Neubach* im vorliegenden Band.

<sup>51</sup> Zugrunde gelegt sind die amtlichen Veröffentlichungen wie Anm. 49; vgl. die Tabellen im Anhang.

<sup>52</sup> S. Anh. Tab. 17 und 18.

<sup>53</sup> S. Anh. Tab. 5 und 6.

<sup>54</sup> Die Abkürzungen bedeuten: ELS = Elsheim, ESS = Essenheim, JUG = Jugenheim, KLW = Klein-Winternheim, NO = Nieder-Olm, OBO = Ober-Olm, SÖ = Sörgenloch, STA = Stackeden, ZO = Zornheim, NV = Nationalversammlung, VK = Volkskammer, RT = Reichstag, LT = Landtag.

<sup>55</sup> S. Anh. Tab. 5 und 6.

<sup>56</sup> S. Anh. Tab. 8.

<sup>57</sup> S. Anh. Tab. 4.

<sup>58</sup> S. Anh. Tab. 8.

<sup>59</sup> S. Anh. Tab. 8.

<sup>60</sup> S. Anh. Tab. 4.

<sup>61</sup> Abkürzungen wie Anm. 54.

<sup>62</sup> S. Anh. Tab. 17 und 18.

<sup>63</sup> S. Anh. Tab. 7 und 8.

<sup>64</sup> S. Anh. Tab. 9 und 10.

<sup>65</sup> S. Anh. Tab. 19 und 20.

<sup>56</sup> S. Anh. Tab. 8.

<sup>58</sup> S. Anh. Tab. 18.

<sup>60</sup> S. Anh. Tab. 6.

<sup>62</sup> S. Anh. Tab. 4, 8, 10 u. 12.

<sup>64</sup> S. Anh. Tab. 3 und 4.

<sup>66</sup> S. Anh. Tab. 5 und 6.

<sup>68</sup> S. Anh. Tab. 13 und 14.

<sup>70</sup> S. Anh. Tab. 15 und 16.

<sup>72</sup> S. Anh. Tab. 11 und 12.

<sup>73</sup> K. D. Erdmann (wie Anm. 5) S. 130 ff.

<sup>74</sup> Vgl. 1200 Jahre Zornheim (wie Anm. 1) S. 176: „Pfarrer Singer brachte sein Monatsgehalt sofort zu einem Bäcker und ließ sich einen Gutschein für eine Anzahl Brote ausstellen, weil innerhalb kürzester Zeit die Preise in die Billionen stiegen.“

<sup>75</sup> *Friedrich Lütge*, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1952, S. 401.

<sup>76</sup> Amtliche Veröffentlichungen der Deutschen Reichspost.

<sup>77</sup> A. Jugenheim, RPB, Sitzg. v. 8. 9. 1923.

<sup>78</sup> 1200 Jahre Zornheim (wie Anm. 1) S. 160 ff.

<sup>79</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 90, Sitzg. v. 19. 12. 1920.

<sup>80</sup> Ebda. RPB S. 84, Sitzg. v. 13. 5. 1920.

<sup>81</sup> Ebda. RPB S. 95, Sitzg. v. 10. 4. 1921.

<sup>82</sup> Ebda. RPB S. 111, Sitzg. v. 28. 5. 1922.

<sup>83</sup> Ebda. RPB S. 105, Sitzg. v. 13. 11. 1921.

<sup>84</sup> Ebda. RPB S. 111, Sitzg. v. 5. 3. 1922.

<sup>85</sup> Ebda. RPB S. 137, Sitzg. v. 8. 10. 1923.

<sup>86</sup> Ebda. RPB S. 140, Sitzg. v. 13. 12. 1923.

<sup>87</sup> 1200 Jahre Zornheim (wie Anm. 1) S. 163.

<sup>88</sup> 1200 Jahre Zornheim (wie Anm. 1) S. 161 f.

<sup>89</sup> Vgl. hierzu die in den verschiedenen Rechnungsbüchern der Gemeinden vorliegenden Einnahme- und Ausgaberechnungen, die im Gemeindearchiv Nieder-Olm liegen.

<sup>90</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 138, Sitzg. v. 31. 10. 1923.

<sup>91</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 144, Sitzg. v. 10. 4. 1924.

<sup>92</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 146, Sitzg. v. 6. 7. 1924.

<sup>93</sup> A. Zornheim, Abt. IX, Abschn. 3.

<sup>94</sup> 1200 Jahre Zornheim (wie Anm. 1) S. 160 f.

<sup>95</sup> A. Jugenheim, RPB, Sitzg. v. 13. 11. 1925. Vgl. auch 1200 Jahre Zornheim (wie Anm. 1) S. 177. Der Kraftomnibusverkehr Mainz–Ebersheim–Zornheim wurde am 19. 5. 1925 eröffnet.

<sup>96</sup> Vgl. 1200 Jahre Zornheim (wie Anm. 1) S. 158.

<sup>97</sup> A. Jugenheim, RPB, Sitzg. v. 17. 17. 1921; s. a. Sitzg. v. 24. 5. 1924 mit der Zustimmung zum Beitritt und zur Elektrifizierung.

<sup>98</sup> A. Jugenheim, RPB, Sitzg. v. 28. 12. 1921.

<sup>99</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 176, Sitzg. v. 13. 1. 1926.

<sup>100</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 183, Sitzg. v. 15. 8. 1927 und RPB S. 194, Sitzg. v. 5. 8. 1928.

<sup>101</sup> A. Jugenheim, RPB, Sitzg. v. 13. 11. 1926.

<sup>102</sup> A. Jugenheim, RPB, Sitzg. v. 10. 4. 1925.

<sup>103</sup> A. Jugenheim, RPB, Sitzg. v. 9. 10. 1921.

<sup>104</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 153, Sitzg. v. 16. 11. 1924.

<sup>105</sup> A. Zornheim, Abt. XIX, Abschn. 4 – Vereine.

<sup>106</sup> A. Jugenheim, RPB, Sitzg. v. 16. 10. 1921.

<sup>107</sup> A. Jugenheim, RPB, Sitzg. v. 9. 10. 1921.

<sup>108</sup> Verfügung der Militäradministration für den Kreis Mainz. Schreiben des Kreisamtes an die Gemeinden v. 6. 2. 1919. A. Zornheim, Abt. XIX, Abschn. 1 – Akte Vorkehrungen gegen Sittenverderbnis.

<sup>109</sup> Schreiben des Kreisamtes an die Gemeinden v. 16. 3. 1921, A. Zornheim, Abt. XIX, Abschn. 1.

<sup>110</sup> Schreiben des Kreisamtes Mainz an die Gemeinden v. 15. 4. 1922, A. Zornheim, Abt. XIX, Abschn. 1.

<sup>111</sup> Schreiben des Kreisamtes Mainz an die Gemeinden v. 12. 10. 1932, A. Zornheim, Abt. XIX, Abschn. 1.

<sup>112</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 148, Sitzg. v. 27. 8. 1924.

<sup>113</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 167, Sitzg. v. 4. 1. 1926.

<sup>114</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 168, Sitzg. v. 12. 12. 1926.

<sup>115</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 175, Sitzg. v. 12. 12. 1926.

<sup>116</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 238, Sitzg. v. 12. 3. 1932.

<sup>117</sup> A. Jugenheim, Sitzg. v. 24. 8. 1924, 4. 2. 1925 und 15. 3. 1925.

<sup>118</sup> AVBl. Nr. 18 v. 10. 6. 1926.

<sup>119</sup> AVBl. Nr. 4 v. 2. 2. 1926. <sup>120</sup> AVBl. Nr. 4 v. 7. 2. 1931.

<sup>121</sup> AVBl. Nr. 32 v. 6. 12. 1932. <sup>122</sup> AVBl. Nr. 1 v. 12. 1. 1933.

<sup>123</sup> Vgl. Mainzer Anzeiger v. 3. 4. 1935.

<sup>124</sup> A. Jugenheim, RPB, Sitzg. v. 4. 9. 1921.

<sup>125</sup> A. Jugenheim, RPB, Sitzg. v. 22. 4. 1922.

<sup>126</sup> A. Jugenheim, RPB, Sitzg. v. 30. 1. 1926.

<sup>127</sup> AVBl. Nr. 18 v. 22. 2. 1922.

<sup>128</sup> A. Klein-Winternheim, Abt. XV, Abschn. 2.

<sup>129</sup> A. Klein-Winternheim, Abt. XV, Abschn. 2.

<sup>130</sup> A. Klein-Winternheim, Abt. XV, Abschn. 2; AVBl. Nr. 23 v. 30. 7. 1928.

<sup>131</sup> A. Klein-Winternheim, Abt. XV, Abschn. 2; AVBl. Nr. 2 v. 18. 1. 1929.

<sup>132</sup> Vgl. die Wahlbestätigungen AVBl. Nr. 34 v. 16. 12. 1925 und Nr. 1 v. 6. 1. 1926.

<sup>133</sup> AVBl. Nr. 35 v. 30. 12. 1925. <sup>134</sup> AVBl. Nr. 6 v. 27. 2. 1930.

<sup>135</sup> AVBl. Nr. 1 v. 6. 1. 1926. <sup>136</sup> AVBl. Nr. 9 v. 4. 3. 1932.

<sup>137</sup> AVBl. Nr. 34 v. 16. 12. 1925; s. a. A. Sörgenloch, RPB S. 165, Sitzg. v. 9. 1. 1926; AVBl. Nr. 1 v. 6. 1. 1926.

<sup>138</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 234, Sitzg. v. 19. 1. 1932; AVBl. Nr. 3 v. 20. 1. 1932.

<sup>139</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 234, Sitzg. v. 19. 1. 1932; AVBl. Nr. 3 v. 20. 1. 1932.

<sup>140</sup> A. Zornheim, Abt. III, Abschn. 1; AVBl. Nr. 33 v. 12. 12. 1925. <sup>141</sup> AVBl. Nr. 47 v. 25. 5. 1922.

<sup>142</sup> A. Stackeden, Abt. XV, Abschn. 1 (= Signatur des Landesarchivs Speyer U 176 Nr. 96); AVBl. Nr. 12 v. 1. 4. 1926 und Nr. 22 v. 9. 7. 1932.

<sup>143</sup> S. Anhang Tabelle 3–20; die Abkürzungen gelten wie oben Anm. 54.

<sup>144</sup> S. Anh. Tab. 17 u. 18.

<sup>145</sup> S. Anh. Tab. 4.

<sup>146</sup> S. Anh. Tab. 6.

<sup>147</sup> S. Anh. Tab. 8.

<sup>148</sup> S. Anh. Tab. 14.

<sup>149</sup> S. Anh. Tab. 3–20.

<sup>150</sup> S. Anh. Tab. 15 u. 16.

<sup>151</sup> S. Anh. Tab. 19 u. 20.

<sup>152</sup> S. Anh. Tab. 11 u. 12.

<sup>153</sup> S. Anh. Tab. 9 u. 10.

<sup>154</sup> S. Anh. Tab. 13 u. 14.

<sup>155</sup> S. Anh. Tab. 3 u. 4.

<sup>156</sup> S. Anh. Tab. 7 u. 8.

<sup>157</sup> S. Anh. Tab. 5 u. 6.

<sup>158</sup> S. Anh. Tab. 17 und 18.

<sup>159</sup> Eine gute Darstellung der Anfangszeit und des Aufstiegs der NSDAP in Hessen gibt: *Eberhard Schön*, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen (Mannheimer sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 7), Meisenheim 1972. Leider ist die Provinz Rheinhessen darin fast gar nicht eigens berücksichtigt.

<sup>160</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 314; Schreiben des Kreisamtes Mainz an das Landeskriminalpolizeiamt Darmstadt v. 4. 10. 1928.

<sup>161</sup> Er war bald Ortsgruppenleiter der NSDAP, vgl. die entsprechenden Presseberichte, z. B. Mainzer Journal.

<sup>162</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 314, Schreiben des Kreisamtes Mainz an das Landeskriminalpolizeiamt Darmstadt v. 29. 10. 1929.

<sup>163</sup> Vgl. im Anhang Tabelle 17 und 18.

<sup>164</sup> Vgl. die Darstellung bei *Lütge* (wie Anm. 75) S. 406 und 411 und bei *Schön*, Nationalsozialismus (wie Anm. 159) S. 145 ff. Siehe zum Gesamtproblem die beispielhaften Studien von *Rudolf Heberle*, Landbevölkerung und Nationalsozialismus (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Nr. 6), Stuttgart 1963 und *Gerhard Stoltenberg*, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933, Düsseldorf 1962.

<sup>165</sup> 1200 Jahre Zornheim (wie Anm. 1) S. 178.

<sup>166</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 314, Schreiben des Kreisamtes Mainz an Innenministerium und Landeskriminalpolizeiamt Darmstadt v. 8. 2. 1930.

<sup>167</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 314, Bericht v. 8. 2. 1930.  
<sup>168</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 316, Schreiben des Kreisamtes Mainz v. 24. 2. 1932.  
<sup>169</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 316, Bericht v. 19. 3. 1932.  
<sup>170</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 316, Bericht v. 7. 5. 1932.  
<sup>171</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 316, Schreiben des Kreisamtes Mainz v. 5. 5. 1932.  
<sup>172</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 316, Bericht der Gendarmeriestation Nieder-Olm v. 21. 6. und 25. 6. 1932.  
<sup>173</sup> Die Darstellung folgt den in Anm. 5 genannten Handbüchern; es wird darauf verzichtet, die vielfältige Literatur zur Geschichte des Dritten Reiches aufzuführen. Zusätzlich heranzuziehen ist: *Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz*, Die nationalsozialistische Machtergreifung, 2. Aufl., Berlin 1962.  
<sup>174</sup> Vgl. RGBl. I 1933 S. 25 und 87.  
<sup>175</sup> Vgl. RGBl. I 1933, S. 141. Die umfangreiche Literatur zum Ermächtigungsgesetz kann hier nicht aufgezählt werden.  
<sup>176</sup> Vgl. hierzu immer noch: *Erich Matthias und Rudolf Morsey* (Hg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960.  
<sup>177</sup> Vgl. *Schön*, Nationalsozialismus (wie Anm. 159) S. 206.  
<sup>178</sup> Vgl. RGBl. I 1933, S. 153 und *Schön*, Nationalsozialismus (wie Anm. 159) S. 206. S. a. Hessisches Regierungsblatt S. 19 und 129 v. 1933.  
<sup>179</sup> S. Hessisches Regierungsblatt 1933 S. 149.  
<sup>180</sup> Vgl. die später im einzelnen zitierten Akten des Kreisamtes Mainz im Landesarchiv Speyer, H 53.  
<sup>181</sup> Vgl. *Bracher-Sauer-Schulz*, Machtergreifung (wie Anm. 173) S. 145 ff.  
<sup>182</sup> Vgl. allgemein hierzu die Erinnerungen des ersten Chefs der Gestapo: *Rudolf Diels*, Luzifer ante portas, Zürich (o. J.), S. 213 ff.  
<sup>183</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 316, Schreiben des Kreisamtes Mainz v. 7. 3. 1933.  
<sup>184</sup> LA Speyer, H 53, Nr. 316, Bericht v. 9. 3. 1933.  
<sup>185</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 316, Bericht an das Kreisamt Mainz v. 11. 5. 1933. Hier auch die genannten Einzelheiten.  
<sup>186</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 316, Bericht v. 11. 5. 1933.  
<sup>187</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 316, Bericht v. 11. 5. 1933.  
<sup>188</sup> Bericht v. Bürgermeister *Schott* an das Kreisamt v. 28. 6. 1933.  
<sup>189</sup> So wurde z. B. in einem Bericht v. 15. 1. 1934 ein Vorstand der ehemaligen SPD Zornheim aufgezählt, den man offensichtlich, auch nach den Unterlagen im Gemeindearchiv, weniger behelligte. LA Speyer, H 53 Nr. 316.  
<sup>190</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 319, Bericht des Kreisamtes Mainz nach Darmstadt v. 30. 11. 1933.  
<sup>191</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 303, Bericht des Kreisamtes Mainz vom Juli 1933 und Schreiben v. 4. 9. 1933.  
<sup>192</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 303, Bericht des Kreisamtes Mainz v. 8. 6. 1933.  
<sup>193</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 303, Bericht v. 8. 2. und 23. 6. 1933.  
<sup>194</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 303, Bericht des Kreisamtes v. 28. 10. 1933.  
<sup>195</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 303, Bericht v. 19. 5. 1933.  
<sup>196</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 303, Bericht v. 16. 11. 1933.  
<sup>197</sup> Vgl. hierzu die instruktive Darstellung von *Klaus Scholder*, Das Dritte Reich und die Kirchen, Bd. 1, Berlin 1977; dazu kommen die Schriften und Publikationen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie Bayern.  
<sup>198</sup> Vgl. hierzu 1200 Jahre Zornheim (wie Anm. 1) S. 198 f.  
<sup>199</sup> A. Zornheim, Abt. XIX, Abschn. 4, Schreiben des Kreisamtes Mainz v. 12. 3. 1934.  
<sup>200</sup> Mainzer Anzeiger v. September 1935 fortlaufend.  
<sup>201</sup> Mainzer Anzeiger v. April 1933 fortlaufend.

<sup>202</sup> Noch bis 1935 finden sich im AVBl. die vom Kreisamt vorzunehmenden Bestätigungen und Bestellungen der Gemeindeführer der israelitischen Kultusgemeinden.  
<sup>203</sup> Vgl. die Berichte im Mainzer Anzeiger, z. B. im August und September 1935.  
<sup>204</sup> Mainzer Anzeiger v. 12. 9. 1935.  
<sup>205</sup> RGBl. I 1935 S. 1146 f.  
<sup>206</sup> Nach den Unterlagen des Kreisamtes Mainz, LA Speyer, H 53 Nr. 1772 S. 245.  
<sup>207</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 1772 S. 253. Es handelte sich um Aloys Koch (Kaufmann), David Goldschmitt (Metzger) und Albert Lay (Bäcker), alle aus Ober-Olm.  
<sup>208</sup> LA Speyer H 53, Nr. 1772 S. 85 und 93.  
<sup>209</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 1772 S. 65, Bericht v. 22. 5. 1940.  
<sup>210</sup> LA Speyer, H 53, Nr. 1773 S. 31.  
<sup>211</sup> LA Speyer, H 53, Nr. 1774 fortlaufend.  
<sup>212</sup> Vgl. z. B. A. Zornheim, Abt. XV, Abschn. 2.  
<sup>213</sup> AVBl. Nr. 11 v. 26. 4. 1933.  
<sup>214</sup> AVBl. Nr. 2/neu v. 4. 5. 1933.  
<sup>215</sup> A. Sörgenloch, RPB, Sitzg. v. 28. 1. 1934, 13. 3. 1934 und 29. 6. 1934.  
<sup>216</sup> Vgl. die erhaltenen Ratsprotokollbücher, z. T. auch die Rechnungsbücher mit den Abschlüssen.  
<sup>217</sup> A. Sörgenloch, RPB, Einlage: Schreiben der Gauamtsleitung Darmstadt v. 9. 6. 1933.  
<sup>218</sup> A. Klein-Winternheim, Abt. XV, Abschn. 1; A. Zornheim, Abt. III, Abschn. 1; Mainzer Journal v. 31. 10. 1935.  
<sup>219</sup> A. Zornheim, Abt. III, Abschn. 1, Schreiben des Kreisamtes Mainz v. 12. 7. 1935.  
<sup>220</sup> Mainzer Anzeiger v. 31. 10. 1935.  
<sup>221</sup> AVBl. Nr. 2 v. 21. 2. 1934.  
<sup>222</sup> AVBl. Nr. 3 v. 28. 2. 1934, Nr. 19 v. 9. 5. 1934 und Mainzer Anzeiger v. 31. 10. 1935.  
<sup>223</sup> Mainzer Anzeiger v. 3. 4. und 10. 4. 1935.  
<sup>224</sup> A. Jugenheim, RPB, Sitzg. v. 28. 3. 1935.  
<sup>225</sup> Vgl. die einzelnen Quellen bei: *Franz Josef Heyen*, Nationalsozialismus im Alltag, Boppard 1967, ein Buch, das auch einige Unterlagen aus Rheinhessen enthält.  
<sup>226</sup> A. Sörgenloch, RPB, Sitzg. v. 20. 3. 1936.  
<sup>227</sup> A. Zornheim, Abt. XV, Abschn. 3, Schreiben der Ortsgruppe Nieder-Olm v. 12. 11. 1935.  
<sup>228</sup> A. Zornheim, Abt. XV, Abschn. 3.  
<sup>229</sup> A. Zornheim, Abt. XV, Abschn. 3.  
<sup>230</sup> A. Sörgenloch, RPB, Sitzg. v. 30. 7. 1933.  
<sup>231</sup> A. Zornheim, Abt. III, Abschn. 1.  
<sup>232</sup> A. Sörgenloch, RPB, Sitzg. v. 30. 7. 1933.  
<sup>233</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 10, Sitzg. v. 26. 8. 1937.  
<sup>234</sup> A. Zornheim, Abt. XIV, Abschn. 4, Schreiben v. 27. 1. 1937.  
<sup>235</sup> A. Sörgenloch, RPB, Sitzg. v. 29. 6. 1934.  
<sup>236</sup> A. Zornheim, Abt. III, Abschn. 1.  
<sup>237</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 12, Sitzg. v. 15. 5. 1935.  
<sup>238</sup> LA Speyer, H 53 Nr. 526, Schreiben der NSDAP an das Kreisamt Oppenheim, ohne Datum, 1935.  
<sup>239</sup> A. Essenheim, Rechnungsbuch 1934 II.  
<sup>240</sup> A. Sörgenloch, RPB, Sitzg. v. 18. 11. 1933 und 25. 6. 1934.  
<sup>241</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 280, Sitzg. v. 24. 5. 1935.  
<sup>242</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 1, Sitzg. v. 20. 3. 1936.  
<sup>243</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 2, Sitzg. v. 20. 3. 1936.  
<sup>244</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 3, Sitzg. v. 24. 8. 1936.  
<sup>245</sup> A. Sörgenloch, RPB S. 18 u. 21, Sitzg. v. 15. 1. und 3. 6. 1939.  
<sup>246</sup> A. Zornheim, Abt. XIX, Abschn. 1, Erlaß v. 28. 5. 1941.  
<sup>247</sup> 1200 Jahre Zornheim (wie Anm. 1) S. 181 f.

Tab. 1

Wahlergebnisse 1918–1933  
 HESSEN

Wahl	Datum	WB	WBP	GSt	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VSBD NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	754 680		653 607	*	12 633	289 211	124 202	110 853	73 349	*	*	*	43 359	*	*	*
VHVK	26. 1. 1919	760 053		615 193	*	9 077	273 468	116 252	108 539	62 072	*	*	*	45 785	*	*	*
RT	6. 6. 1920	788 531		592 622	3 014	72 420	179 800	63 873	95 536	94 755	*	*	*	83 224	*	*	52 <sup>1)</sup>
LT	27. 11. 1921	800 547		533 930	20 849	20 186	174 213	39 140	92 689	78 185	*	*	*	28 190	80 426	17 893 <sup>3)</sup>	5 441 <sup>4)</sup>
RT	4. 5. 1924	832 014		614 791	57 079	4 036	181 364	45 720	95 130	66 375	7 387	9 061 <sup>2)</sup>	*	37 632	87 673	8 216	638 <sup>5)</sup>
RT	7. 12. 1924	846 116		626 069	33 694	872	222 585	54 372	99 205	73 735	5 788	*	*	48 103	78 861	8 478	2 932 <sup>6)</sup>
LT	7. 12. 1924	846 146		625 132	33 689	*	220 108	53 301	100 384	73 930	5 851	*	*	43 717	82 742	*	*
LT	13. 11. 1927	893 144		482 696	41 280	*	157 293	37 789	85 450	51 654	24 123	*	*	23 998	61 109	11 281	6 852 <sup>7)</sup>
RT	20. 5. 1928	904 487		596 053	52 007	*	192 376	37 521	95 280	67 125	7 825	13 892	11 561	20 627	79 706	137 981	5 596 <sup>8)</sup>
RT	14. 9. 1930	931 745		747 163	84 513	*	215 747	38 829	104 246	49 929	17 057	4 702	19 086	11 902	57 575	291 183	19 551 <sup>9)</sup>
LT	15. 11. 1931	955 040		785 304	106 790	8 170	168 101	10 822	112 444	18 324	*	1 585	16 714	10 857	20 763	328 306	6 998 <sup>11)</sup>
LT	19. 6. 1932	962 468		746 722	82 124	11 689	172 552	*	108 601	*	2 038	850	7 621	15 715	*	364 736	1 854 <sup>12)</sup>
RT	31. 7. 1932	948 590		846 975	86 183	3 008	221 720	4 840	125 667	12 743	645	*	9 995	24 726	2 178	329 521	1 680 <sup>13)</sup>
RT	6. 11. 1932	967 840		819 046	112 334	1 873	190 799	6 084	114 365	24 134	712	*	8 942	25 267	460 582	*	*
RT	5. 3. 1933			916 404	86 478	*	192 443	6 872	120 466	15 354	*	*	*	*	*	*	*

1) Revisionspartei; 2) 1924: Bund der Geusen; 3) 1924: Völkisch-Sozialer Block; 4) Hess. Wirtschaftsblock 4767, Haukerbund 674; 5) Freiwirtschaftsbund 289, Häußerbund 349; 6) Vereinigte schaffende Landwirte; 7) Linke Kommunisten 3904, Reichsblock der Geschädigten 192, Alte Sozialdemokratische Partei 2158, Völkisch-Sozialer Block 598; 8) Deutsche Bauernpartei 1503, Konservative Volkspartei 304, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene 1053; 9) Kommunistische Opposition 14938, Radikaldemokrat. Partei 4613; 10) Nationale Einheitsliste aus HLB, DDP, VVP, VRP, CSVD; 11) Liste Dr. Leuchgens 2077, Hessische Demokraten 4921; 12) Radikaler Mittelstand 608, Deutsch-soziale Kampfbewegung 92, Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern 147, Nat. soz. Kleinrentner 480, Freiwirtschaftsbewegung 287, Arbeiter- und Bauernpartei 240; 13) Radikaler Mittelstand 719, Großdeutsche Mittelstandspartei 125, Sozialrepublikanische Partei 130, Freiwirtschaftspartei 208, Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern 101, Kleinrentner 397.

Abkürzungsverzeichnis zu den nachfolgenden Tabellen

CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst (ab 1929)	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei	RT	Reichstag
DNV	Deutsche Nationalversammlung	SAP	Sozialistische Arbeiterpartei (ab 1930)
DNVP	Deutsch-Nationale Volkspartei (ab 1920)	Sonst.	Sonstige Parteien
DVP	Deutsche Volkspartei	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
EVG	Evangelische Volksgemeinschaft (1928)	USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1919–1924)
GSt	Gültige Stimmen	VHVK	Verfassunggebende Hessische Volkskammer
HBB	Hessischer Bauernbund	VRP	Volkspartei
HLB	Hessischer Landbund bzw. Landvolk	VSBD	Völkisch-Sozialer Block (1924)
HVP	Hessische Volkspartei (nur 1919)	WB	Wahlberechtigte
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	WP	Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes
LT	Landtag	Z	Zentrum

Tab. 2

Wahlergebnisse 1918–1933  
HESSEN

In Prozenten

Wahl	Datum	WB	Bet.	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VS NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	754 680	86,8	*	1,9	44,3	19,0	17,0	11,2	*	*	*	6,6	*	*	*
VHVK	26. 1. 1919	760 053	81,2	*	1,5	44,5	18,9	17,6	10,1	*	*	*	7,4	*	*	*
RT	6. 6. 1920	788 531	75,4	0,5	12,2	30,3	10,8	16,1	16,0	*	*	*	14,1	*	*	*
LT	27. 11. 1921	800 547	67,0	3,9	3,8	32,6	7,3	17,4	14,6	*	*	*	5,3	15,1	*	0,0
RT	4. 5. 1924	832 014	74,5	9,3	0,6	29,5	7,4	15,5	10,8	1,2	1,5	*	6,1	14,3	2,9	0,9
RT	7. 12. 1924	846 116	75,5	5,4	0,1	35,6	8,7	15,8	11,8	0,9	*	*	7,7	12,6	1,3	0,1
LT	7. 12. 1924	846 146	75,3	5,4	*	35,2	8,5	16,1	11,8	0,9	*	*	7,0	13,2	1,4	0,5
LT	13. 11. 1927	893 144	54,5	8,6	*	32,6	7,8	17,7	10,7	*	5,0	*	4,9	12,7	*	*
RT	20. 5. 1928	904 487	66,5	8,7	*	32,2	6,3	16,0	11,2	1,5	2,2	1,9	3,5	13,4	1,9	1,2
RT	14. 9. 1930	931 745	79,4	11,3	*	28,9	5,2	14,0	6,7	2,3	0,6	2,6	1,6	7,7	18,4	0,7
LT	15. 11. 1931	955 040	82,4	13,6	1,0	21,4	1,4	14,4	2,3	*	0,2	2,1	1,4	2,7	37,0	2,5
LT	19. 6. 1932	962 468	77,3	11,0	1,6	23,1	*	14,5	*	*	*	*	1,5	3,41)	44,0	0,9
RT	31. 7. 1932	948 590	87,2	10,2	0,3	26,2	0,6	14,9	1,5	0,2	0,1	0,9	1,9	*	43,0	0,2
RT	6. 11. 1932	967 480	84,1	13,7	0,2	23,3	0,7	14,0	3,0	0,1	0,1	1,2	3,0	0,3	40,2	0,2
RT	5. 3. 1933			9,4	*	21,0	0,7	13,1	1,7	*	*	1,0	2,8	*	50,3	*

1) Einheitsliste DDP, DVP, CSVD, WP, VRP, LB

Tab. 3

Wahlergebnisse 1918–1933  
ELSHEIM

In Stimmen

Wahl	Datum	WB	GSti	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VS NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	526	447	*	—	95	170	134	48	*	*	*	—	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	528	433	*	—	97	161	136	39	*	*	*	—	*	*	—
RT	6. 6. 1920	543	348	—	7	21	116	147	57	*	*	*	—	*	*	—
LT	27. 11. 1921	557	270	—	—	20	72	88	85	*	*	*	—	5	*	—
RT	4. 5. 1924	555	278	4	1	10	68	95	33	—	*	*	5	45	8	9
RT	7. 12. 1924	554	337	2	—	23	100	124	45	1	—	*	16	25	1	—
LT	7. 12. 1924	554	339	2	*	24	101	125	45	1	—	*	13	27	1	—
LT	13. 11. 1927	568	258	16	*	3	45	110	18	*	40	*	2	24	*	—
RT	20. 5. 1928	586	287	7	*	12	47	100	31	—	9	1	2	72	3	3
RT	14. 9. 1930	591	340	10	*	9	30	106	14	3	6	2	2	68	89	1
LT	15. 11. 1931	612	444	18	1	4	7	111	4	—	8	2	7	5	269	8
LT	19. 6. 1932	630	539	18	3	12	11	131	—	—	—	—	3	—	343	18
RT	31. 7. 1932	635	558	18	—	17	2	148	1	—	—	—	5	—	363	4
RT	6. 11. 1932	627	520	25	1	15	2	135	3	—	4	2	5	—	328	—
RT	5. 3. 1933	~627	557	10	—	9	4	126	5	—	—	—	15	—	388	—

Tab. 4

Wahlergebnisse 1918–1933  
ELSHEIM

In Prozenten

Wahl	Datum	GSt	Bet.	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VS NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	447	84,9	*	—	21,3	38,0	30,0	10,7	*	*	*	—	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	433	82,0	*	—	22,4	37,2	31,4	9,0	*	*	*	—	*	*	—
RT	6. 6. 1920	348	64,0	—	2,0	6,0	33,4	42,2	16,4	*	*	*	—	*	*	—
LT	27. 11. 1921	270	48,4	—	—	7,4	26,7	32,6	31,5	*	*	*	—	1,8	*	—
RT	4. 5. 1924	278	50,0	1,5	0,3	3,6	24,5	34,1	11,9	*	*	*	1,8	16,2	2,9	3,2
RT	7. 12. 1924	337	60,8	0,6	—	6,8	29,7	36,8	13,4	0,3	*	*	4,7	7,4	0,3	—
LT	7. 12. 1924	339	61,1	0,6	*	7,1	29,8	36,9	13,3	0,3	*	*	3,8	7,9	0,3	—
LT	13. 11. 1927	258	45,4	6,2	*	1,2	17,4	42,6	7,0	*	15,5	*	0,8	9,3	*	—
RT	20. 5. 1928	287	48,9	2,4	*	4,2	16,4	34,9	10,8	—	3,1	0,4	0,7	25,1	1,0	1,0
RT	14. 9. 1930	340	57,5	2,9	*	2,7	8,8	31,1	4,1	0,9	1,8	0,6	0,6	20,0	26,2	0,3
LT	15. 11. 1931	444	72,5	4,0	0,2	0,9	1,6	25,0	0,9	—	1,8	0,5	1,6	1,1	60,6	1,8
LT	19. 6. 1932	539	85,5	3,3	0,6	2,2	2,1	24,3	*	*	*	*	0,6	*	63,6	3,3
RT	31. 7. 1932	558	87,8	3,2	—	3,0	0,4	26,5	0,2	—	—	—	0,9	—	65,1	0,7
RT	6. 11. 1932	520	82,9	4,8	0,2	2,9	0,4	26,0	0,6	—	0,7	0,4	1,0	—	63,0	—
RT	5. 3. 1933	557	~88,8	1,8	—	1,6	0,7	22,6	0,9	—	—	—	2,7	—	69,7	—

Tab. 5

Wahlergebnisse 1918–1933  
ESSENHEIM

In Stimmen

Wahl	Datum	WB	GSti	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VS NSDAP	Sonst.	
DNV	19. 1. 1919	755	602	*	—	300	265	—	36	*	*	*	1	*	*	—	
VHVK	26. 1. 1919	759	611	*	—	291	280	—	40	*	*	*	—	*	*	—	
RT	6. 6. 1920	803	218	—	—	48	125	—	28	*	*	*	17	*	*	—	
LT	27. 11. 1921	801	379	—	—	88	190	—	57	*	*	*	—	44	*	—	
RT	4. 5. 1924	814	578	—	—	214	61	1	—	—	—	*	—	300	2	—	
RT	7. 12. 1924	817	497	1	1	179	68	1	13	—	*	*	6	227	—	1	
LT	7. 12. 1924	816	493	2	*	167	68	4	21	—	*	*	4	227	—	—	
LT	13. 11. 1927	852	251	7	*	89	39	—	11	—	17	*	19	69	—	—	
RT	20. 5. 1928	851	454	—	*	88	35	—	2	1	6	—	—	320	—	2	
RT	14. 9. 1930	878	542	4	*	135	42	—	12	1	2	2	6	187	149	2	
LT	15. 11. 1931	876	648	25	2	98	11	3	1	—	—	1	3	4	489	11	
LT	19. 6. 1932	892	678	18	10	93	4	14	—	—	—	—	14	22	501	2	
RT	31. 7. 1932	878	768	20	6	95	3	12	1	—	—	—	2	21	—	604	4
RT	6. 11. 1932	891	772	22	3	130	5	3	4	—	—	—	1	27	—	575	2
RT	5. 3. 1933	891	833	5	—	35	11	5	1	—	—	—	1	17	—	758	—

Tab. 6

Wahlergebnisse 1918–1933  
ESSENHEIM

In Prozenten

Wahl	Datum	GSt	Bet.	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VS NSDAP	Sonst.	
DNV	19. 1. 1919	602	79,7	*	—	49,8	44,0	—	6,0	*	*	*	0,2	*	*	—	
VHVK	26. 1. 1919	611	80,5	*	—	47,6	45,8	—	6,6	*	*	*	—	*	*	—	
RT	6. 6. 1920	218	27,1	—	—	22,0	57,3	—	12,9	*	*	*	7,8	*	*	—	
LT	27. 11. 1921	379	47,3	—	—	23,2	50,1	—	15,1	*	*	*	—	11,6	*	—	
RT	4. 5. 1924	578	71,0	—	—	37,0	10,6	0,2	—	—	*	*	—	51,9	0,3	—	
RT	7. 12. 1924	497	60,8	0,2	0,2	36,0	13,7	0,2	2,6	—	—	*	1,2	45,7	—	0,2	
LT	7. 12. 1924	493	60,4	0,4	*	33,9	13,8	0,8	4,3	—	—	*	0,8	46,0	—	—	
LT	13. 11. 1927	251	29,5	2,8	*	35,4	15,5	—	4,4	—	6,8	*	7,6	27,5	—	—	
RT	20. 5. 1928	454	53,3	—	*	19,4	7,7	—	0,4	0,2	1,4	—	—	70,5	—	0,4	
RT	14. 9. 1930	542	61,7	0,7	—	24,9	7,7	—	2,2	0,2	0,4	0,4	1,1	34,5	27,5	0,4	
LT	15. 11. 1931	648	73,9	3,9	0,3	15,1	1,7	0,5	0,1	—	—	0,1	0,5	0,6	75,5	1,7	
LT	19. 6. 1932	678	76,0	2,6	1,5	13,7	0,6	2,1	—	—	—	—	2,1	3,2	73,9	0,3	
RT	31. 7. 1932	768	87,5	2,6	0,8	12,4	0,4	1,6	0,1	—	—	—	0,3	2,7	—	78,6	0,5
RT	6. 11. 1932	772	86,6	2,9	0,4	16,8	0,6	0,4	0,5	—	—	—	0,1	3,5	—	74,5	0,3
RT	5. 3. 1933	833	93,5	0,6	—	4,2	1,3	0,6	0,1	—	—	—	0,1	2,1	—	91,0	—

Tab. 7

Wahlergebnisse 1918–1933  
JUGENHEIM

In Stimmen

Wahl	Datum	WB	GSti	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VS NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	598	473	*	—	45	355	1	72	*	*	*	—	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	604	437	*	—	46	327	1	63	*	*	*	—	*	*	—
RT	6. 6. 1920	620	234	—	1	29	105	1	87	*	*	*	11	*	*	—
LT	27. 11. 1921	608	246	—	—	26	64	1	140	*	*	*</				

Tab. 8

Wahlergebnisse 1918–1933  
JUGENHEIM

In Prozenten

Wahl	Datum	GSt.	Bet.	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VS NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	473	79,1	*	—	9,5	75,0	0,3	15,2	*	*	*	—	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	437	72,3	*	—	10,5	74,8	0,3	14,4	*	*	*	—	*	*	—
RT	6. 6. 1920	234	37,7	—	0,4	12,4	44,9	0,4	37,2	*	*	*	4,7	*	*	—
LT	27. 11. 1921	246	40,5	—	—	10,6	26,0	0,4	56,9	*	*	*	—	6,1	*	—
RT	4. 5. 1924	297	49,2	1,7	0,3	10,4	22,6	—	34,7	*	*	*	5,4	22,2	1,7	1,0
RT	7. 12. 1924	252	41,1	1,2	0,8	12,7	24,6	—	44,0	—	*	*	4,7	12,0	—	—
LT	7. 12. 1924	253	41,2	1,2	*	12,6	24,5	0,4	42,3	—	*	*	3,2	14,2	—	1,6
LT	13. 11. 1927	162	25,7	1,2	*	8,7	22,8	0,6	38,9	*	12,4	—	11,1	4,3	*	—
RT	20. 5. 1928	285	45,4	0,4	*	7,4	17,5	—	17,2	—	—	—	5,6	51,2	—	0,7
RT	14. 9. 1930	328	50,4	—	*	8,6	17,1	—	7,3	—	0,6	1,2	2,4	28,7	32,6	1,5
LT	15. 11. 1931	462	71,1	0,7	0,4	8,2	3,9	—	3,0	—	—	1,3	3,7	5,2	73,2	0,4
LT	19. 6. 1932	441	67,0	0,2	0,5	7,3	2,9	—	—	—	—	—	2,5	4,1	82,5	—
RT	31. 7. 1932	515	78,6	—	—	6,6	1,4	0,6	2,7	—	—	—	0,2	12,4	75,5	0,6
RT	6. 11. 1932	505	75,9	0,4	—	7,1	1,0	0,2	1,8	—	—	—	0,2	20,2	67,7	1,4
RT	5. 3. 1933	586	~88,1	—	—	3,6	2,4	—	0,5	—	—	—	0,4	24,2	68,9	—

Tab. 9

Wahlergebnisse 1918–1933  
KLEIN-WINTERNHEIM

In Stimmen

Wahl	Datum	WB	GSti	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VS NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	380	355	*	—	21	7	324	2	*	*	*	1	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	382	358	*	—	25	14	319	—	*	*	*	—	*	*	—
RT	6. 6. 1920	400	318	—	2	16	11	287	2	*	*	*	—	*	*	—
LT	27. 11. 1921	397	320	—	4	15	1	274	—	*	*	*	1	25	*	—
RT	4. 5. 1924	359	279	2	—	4	3	215	1	*	*	*	—	52	1	1
RT	7. 12. 1924	409	305	6	—	16	7	266	4	—	*	*	1	5	—	—
LT	7. 12. 1924	409	304	4	*	14	6	264	5	—	*	*	1	9	—	1
LT	13. 11. 1927	434	289	2	*	21	7	247	—	—	7	*	—	5	*	—
RT	20. 5. 1928	434	326	1	*	34	7	195	1	—	3	—	—	85	—	—
RT	14. 9. 1930	473	363	10	*	54	9	179	4	2	2	1	—	87	13	2
LT	15. 11. 1931	450	330	14	3	20	2	196	—	—	2	—	—	48	44	1
LT	19. 6. 1932	462	347	3	1	44	—	213	—	—	—	—	3	1	82	—
RT	31. 7. 1932	465	409	1	—	53	—	243	1	—	—	—	—	2	107	1
RT	6. 11. 1932	480	383	7	—	31	—	238	—	—	—	—	1	2	104	—
RT	5. 3. 1933	480	398	10	—	30	—	218	1	—	—	—	1	—	138	—

Tab. 10

Wahlergebnisse 1918–1933  
KLEIN-WINTERNHEIM

In Prozenten

Wahl	Datum	GSt	Bet.	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VS NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	355	93,4	*	—	5,9	2,0	91,2	0,6	*	*	*	0,3	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	358	93,7	*	—	7,0	3,9	89,1	—	*	*	*	—	*	*	—
RT	6. 6. 1920	318	79,5	—	0,6	5,0	3,5	90,3	0,6	*	*	*	—	*	*	—
LT	27. 11. 1921	320	80,6	—	1,3	4,7	0,3	85,6	—	*	*	*	0,3	7,8	*	—
RT	4. 5. 1924	280	78,0	0,7	—	1,4	1,0	77,1	0,4	*	*	*	—	18,6	0,4	0,4
RT	7. 12. 1924	305	74,6	2,0	—	5,3	2,3	87,2	1,3	—	*	*	0,3	1,6	—	—
LT	7. 12. 1924	304	74,3	1,3	*	4,6	2,0	86,8	1,7	—	*	*	0,3	3,0	—	0,3
LT	13. 11. 1927	289	66,6	0,7	*	7,3	2,4	85,5	—	—	2,4	*	—	1,7	*	—
RT	20. 5. 1928	326	75,1	0,3	*	10,5	2,2	59,8	0,3	—	0,9	—	—	26,0	—	—
RT	14. 9. 1930	363	76,7	2,8	*	14,9	2,5	49,3	1,1	0,5	0,5	0,3	—	24,0	3,6	0,5
LT	15. 11. 1931	330	73,3	4,3	0,9	6,1	0,6	59,4	—	—	0,6	—	—	14,5	13,3	0,3
LT	19. 6. 1932	347	75,1	0,8	0,3	12,7	—	61,4	—	—	—	—	0,9	0,3	23,6	—
RT	31. 7. 1932	409	87,9	0,2	—	13,0	—	59,4	0,2	—	—	—	—	0,5	26,2	0,2
RT	6. 11. 1932	383	79,8	1,8	—	8,1	—	62,1	—	—	—	—	—	0,3	0,5	27,2
RT	5. 3. 1933	398	82,9	2,5	—	7,5	—	54,8	0,3	—	—	—	—	0,3	34,6	—

Tab. 11

Wahlergebnisse 1918–1933  
NIEDER-OLM

In Stimmen

Wahl	Datum	WB	GSti	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VS NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	1164	1056	*	2	292	68	589	105	*	*	*	—	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	1164	1014	*	—	297	99	568	50	*	*	*	—	*	*	—
RT	6. 6. 1920	1274	925	—	63	193	84	505	69	*	*	*	11	*	*	—
LT	27. 11. 1921	1300	814	—	—	164	51	504	62	*	*	*	10	23	*	—
RT	4. 5. 1924	1353	906	4	1	247	62	448	69	*	6	*	11	51	—	7
RT	7. 12. 1924	1403	1026	13	—	256	72	559	54	—	—	*	32	38	2	—
LT	7. 12. 1924	1403	1027	14	*	252	72	556	56	—	—	*	30	44	2	1
LT	13. 11. 1927	1400	832	16	*	130	42	544	44	—	30	*	21	5	*	—
RT	20. 5. 1928	1416	995	22	*	222	48	535	71	1	14	14	18	46	3	1
RT	14. 9. 1930	1467	1169	69	*	238	42	575	35	23	7	32	14	22	105	7
LT	15. 11. 1931	1399	1289	113	3	218	2	642	7	—	1	38	13	6	244	—
LT	19. 6. 1932	1462	1263	75	3	227	1	645	—	—	—	—	8	22	280	2
RT	31. 7. 1932	1470	1346	55	—	251	2	664	8	3	—	9	—	18	318	18
RT	6. 11. 1932	1475	1284	78	—	231	1	617	19	—	—	8	24	—	306	—
RT	5. 3. 1933	1475	1357	52	—	249	—	631	14	—	—	5	23	—	383	—

Tab. 12

Wahlergebnisse 1918–1933  
NIEDER-OLM

In Prozenten

Wahl	Datum	GSt	Bet.	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VS NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	1056	90,7	*	0,2	27,7	6,4	55,8	9,9	*	*	*	—	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	1014	87,1	*	—	29,3	9,8	56,0	4,9	*	*	*	—	*	*	—
RT	6. 6. 1920	925	72,6	—	6,8	20,9	9,1	54,6	7,4	*	*	*	1,2	*	*	—
LT	27. 11. 1921	814	62,6	—	—	20,2	6,3	61,9	7,6	*	*	*	1,2	2,9	*	—
RT	4. 5. 1924	906	66,9	0,4	0,1	27,3	6,8	49,5	7,6	*	0,7	*	1,2	5,6	*	0,8
RT	7. 12. 1924	1026	73,1	1,3	—	25,0	7,0	54,4	5,3	—	—	*	1,2	5,6	0,2	—
LT	7. 12. 1924	1027	73,2	1,4	*	24,6	7,0	54,1	5,5	—	—	*	2,9	4,2	0,2	—
LT	13. 11. 1927	832	59,4	1,9	*	15,6	5,1	65,4	5,3	—	3,6	*	2,5	0,6	—	—
RT	20. 5. 1928	995	70,3	2,2	*	22,3	4,8	53,8	7,2	0,1	1,4	1,4	1,8	4,6	0,3	0,1
RT	14. 9. 1930	1169	79,7	5,9	*	20,3	3,6	49,2	3,0	2,0	0,6	2,7	1,2	1,9	9,0	0,6
LT	15. 11. 1931	1289	92,1	8,8	0,2	16,9	0,2	49,8	0,6	—	0,1	3,0	1,0	0,5	18,9	—
LT	19. 6. 1932	1263	86,4	5,9	0,2	18,0	0,1	51,1	—	—	—	—	0,6	1,7	22,2	0,2
RT	31. 7. 1932	1346	91,6	4,1	—	18,7	0,2	49,3	0,6	0,2	—	0,7	—	1,3	23,6	1,3
RT	6. 11. 1932	1284	87,0	6,0	—	18,0	0,1	48,0	1,7	—	—	0,6	1,8	—	23,8	—
RT	5. 3. 1933	1357	92,0	3,8	—	18,4	—	46,5	1,0	—	—	0,4	1,7	—	28,2	—

Tab. 13

Wahlergebnisse 1918–1933  
OBER-OLM

In Stimmen

Wahl	Datum	WB	GSti	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VS NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	867	682	*	2	201	54	415	10	*	*	*	—	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	873	636	*	—	183	38	400	11	*	*	*	4	*	*	—
RT	6. 6. 1920	883	532	—	41	111	38	336	6	*	*	*	—	*	*	—
LT	27. 11. 1921	906	457	—	3	103	15	264	11	*	*	*	3	58	*	—
RT	4. 5. 1924	912	566	78	8	67	32	166	12	*	1	*	5	193	—	4

Tab. 14

Wahlergebnisse 1918-1933  
OBER-OLM

In Prozenten

Wahl	Datum	GSti	Bet.	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VSB NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	682	78,6	*	0,3	29,5	7,9	60,8	1,5	*	*	*	—	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	636	72,8	*	—	28,8	6,0	62,9	1,7	*	*	*	0,6	*	*	—
RT	6. 6. 1920	532	60,2	—	7,7	20,9	7,1	63,2	1,1	*	*	*	—	*	*	—
LT	27. 11. 1921	457	50,4	—	0,7	22,5	3,2	57,8	2,4	*	*	*	—	*	*	—
RT	4. 5. 1924	566	62,0	13,8	1,4	11,8	5,6	29,3	2,1	—	0,2	*	0,9	34,1	—	0,8
RT	7. 12. 1924	540	57,3	12,2	—	19,5	8,3	43,9	2,8	—	—	*	5,0	8,3	—	—
LT	7. 12. 1924	544	57,7	11,8	*	19,5	8,1	44,1	1,3	—	—	*	4,8	10,1	—	0,2
LT	13. 11. 1927	392	40,4	4,1	*	24,5	2,8	55,1	1,3	—	1,0	*	3,6	7,6	*	—
RT	20. 5. 1928	559	56,3	4,6	*	24,5	6,1	31,7	1,6	0,2	0,2	*	—	30,4	—	0,2
RT	14. 9. 1930	644	63,6	14,9	*	16,8	5,9	34,2	0,9	1,1	—	0,6	0,6	14,9	9,8	0,3
LT	15. 11. 1931	773	76,4	23,4	*	11,5	—	28,1	0,1	—	—	1,0	1,1	0,5	33,4	0,9
LT	19. 6. 1932	664	65,0	15,4	0,6	12,3	0,3	33,3	—	—	—	—	1,4	0,3	36,4	—
RT	31. 7. 1932	834	81,0	15,1	—	12,0	0,2	34,8	—	—	—	—	0,8	—	36,5	—
RT	6. 11. 1932	793	77,5	18,0	—	11,7	0,4	31,2	—	—	—	—	2,2	—	36,3	—
RT	5. 3. 1933	914	89,3	15,3	—	9,5	1,3	27,1	0,2	—	—	0,1	2,5	—	44,0	—

Tab. 15

Wahlergebnisse 1918-1933  
SÖRGENLOCH

In Stimmen

Wahl	Datum	WB	GSti	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VSB NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	341	300	*	—	16	22	262	—	*	*	*	—	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	343	275	*	—	36	4	235	—	*	*	*	—	*	*	—
RT	6. 6. 1920	361	263	—	8	20	3	219	13	*	*	*	—	*	*	—
LT	27. 11. 1921	372	263	—	—	12	—	238	12	*	*	*	—	1	*	—
RT	4. 5. 1924	369	196	1	—	22	3	117	—	*	—	*	—	52	1	—
RT	7. 12. 1924	375	241	—	—	20	7	190	1	1	—	*	2	20	—	—
LT	7. 12. 1924	375	241	—	*	20	6	189	1	1	—	*	2	22	—	—
LT	13. 11. 1927	382	166	—	*	4	1	151	—	—	4	*	1	5	*	—
RT	20. 5. 1928	394	201	—	*	13	3	135	—	—	3	*	2	44	1	—
RT	14. 9. 1930	394	312	5	*	11	3	212	2	—	1	1	—	47	28	2
LT	15. 11. 1931	399	323	13	1	16	1	219	1	—	—	—	—	24	48	—
LT	19. 6. 1932	397	334	2	2	15	—	260	—	—	—	—	1	1	53	—
RT	31. 7. 1932	398	350	2	—	18	—	263	—	—	—	—	1	—	66	—
RT	6. 11. 1932	396	292	3	—	11	—	220	1	—	—	—	1	—	56	—
RT	5. 3. 1933	396	351	2	—	10	—	236	1	—	—	—	6	—	96	—

Tab. 16

Wahlergebnisse 1918-1933  
SÖRGENLOCH

In Prozenten

Wahl	Datum	WB	Bet.	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VSB NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	300	87,9	*	—	5,3	7,3	87,3	—	*	*	*	—	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	275	80,2	*	—	13,1	1,5	85,4	—	*	*	*	—	*	*	—
RT	6. 6. 1920	263	72,8	—	3,1	7,6	1,1	83,3	4,9	*	*	*	—	*	*	—
LT	27. 11. 1921	263	70,7	—	—	4,6	—	90,5	4,6	*	*	*	—	0,4	*	—
RT	4. 5. 1924	196	53,1	0,5	—	11,2	1,6	59,7	—	*	*	*	—	26,5	0,5	—
RT	7. 12. 1924	241	64,3	—	—	8,3	2,9	78,9	0,4	0,4	—	*	0,8	8,3	—	—
LT	7. 12. 1924	241	64,3	—	*	8,3	2,5	78,5	0,4	0,4	—	*	0,8	9,1	—	—
LT	13. 11. 1927	166	43,4	—	*	2,4	0,6	91,0	—	—	2,4	*	0,6	3,0	*	—
RT	20. 5. 1928	201	51,0	—	*	6,5	1,5	67,1	—	—	1,5	*	1,0	21,9	0,5	—
RT	14. 9. 1930	312	79,2	1,6	*	3,5	1,0	67,9	0,7	—	0,3	0,3	—	15,1	9,0	0,6
LT	15. 11. 1931	323	80,9	4,0	0,3	5,0	0,3	67,8	0,3	—	—	—	—	7,4	14,9	—
LT	19. 6. 1932	334	84,1	0,6	0,6	4,5	—	77,8	—	—	—	—	0,3	0,5	15,9	—
RT	31. 7. 1932	350	87,9	0,6	—	5,1	—	75,1	—	—	—	—	0,3	—	18,9	—
RT	6. 11. 1932	292	73,7	1,0	—	3,8	—	75,4	0,3	—	—	—	0,3	—	19,2	—
RT	5. 3. 1933	357	90,1	0,6	—	2,8	—	67,2	0,3	—	—	—	1,7	—	27,4	—

Tab. 17

Wahlergebnisse 1918-1933  
STADECKEN

In Stimmen

Wahl	Datum	WB	GSti	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VSB NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	638	496	*	—	83	62	—	351	*	*	*	—	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	641	354	*	—	3	115	—	236	*	*	*	—	*	*	—
RT	6. 6. 1920	623	270	—	—	32	55	—	152	*	*	*	31	*	*	—
LT	27. 11. 1921	660	359	—	—	26	19	—	68	*	*	*	—	246	*	—
RT	4. 5. 1924	660	415	—	—	42	16	1	26	*	18	*	18	291	3	—
RT	7. 12. 1924	646	424	4	—	52	24	3	38	—	—	*	53	246	4	—
LT	7. 12. 1924	646	415	4	*	49	24	4	38	—	—	*	30	262	4	—
LT	13. 11. 1927	671	216	7	*	5	17	—	3	—	63	*	26	95	*	—
RT	20. 5. 1928	679	352	4	*	15	27	1	12	—	11	—	33	230	17	2
RT	14. 9. 1930	692	426	8	*	21	13	—	1	1	3	2	3	110	261	3
LT	15. 11. 1931	705	614	9	2	12	6	—	3	—	—	—	5	11	565	1
LT	19. 6. 1932	726	675	—	3	9	1	—	—	—	—	—	2	6	654	—
RT	31. 7. 1932	717	697	4	1	15	1	5	1	—	—	—	7	—	661	1
RT	6. 11. 1932	731	666	8	—	13	1	2	—	—	—	—	14	—	627	1
RT	5. 3. 1933	731	669	1	—	11	—	1	2	—	—	—	47	—	607	—

Tab. 18

Wahlergebnisse 1918-1933  
STADECKEN

In Prozenten

Wahl	Datum	GSti	Bet.	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VSB NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	496	77,7	*	—	16,7	12,5	—	70,8	*	*	*	—	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	354	55,2	*	—	0,8	32,5	—	66,7	*	*	*	—	*	*	—
RT	6. 6. 1920	270	43,3	—	—	11,8	20,4	—	56,3	*	*	*	11,5	*	*	—
LT	27. 11. 1921	359	54,4	—	—	7,2	5,3	—	19,0	*	*	*	—	68,5	*	—
RT	4. 5. 1924	415	62,9	—	—	10,1	3,9	0,2	6,3	—	4,3	*	4,3	70,1	0,8	—
RT	7. 12. 1924	424	65,6	0,9	*	12,3	5,7	0,7	9,0	—	—	*	12,5	58,0	0,9	—
LT	7. 12. 1924	415	64,2	0,9	*	11,8	5,8	1,0	9,2	—	—	*	7,2	63,1	1,0	—
LT	13. 11. 1927	216	32,2	3,2	*	2,3	7,9	—	1,4	—	29,2	*	12,0	44,0	*	—
RT	20. 5. 1928	352	51,8	1,1	*	4,3	7,7	0,3	3,4	—	3,1	—	9,4	65,3	4,8	0,6
RT	14. 9. 1930	426	61,5	1,9	*	4,9	3,1	—	0,2	0,2	0,7	0,5	0,7	25,8	61,3	0,7
LT	15. 11. 1931	614	87,1	1,5	0,3	1,9	1,0	—	0,5	—	—	—	0,8	1,8	92,0	0,2
LT	19. 6. 1932	675	92,9	—	0,4	1,3	0,2	—	—	—	—	—	0,3	0,9	96,9	—
RT	31. 7. 1932	697	97,2	0,6	0,2	2,2	0,2	0,7	0,2	—	—	—	1,0	—	94,7	0,2
RT	6. 11. 1932	666	91,1	1,2	—	1,9	0,2	0,3	—	—	—	—	2,1	—	94,1	0,2
RT	5. 3. 1933	669	91,5	0,2	—	1,6	—	0,2	0,3	—	—	—	7,0	—	90,7	—

Tab. 19

Wahlergebnisse 1918-1933  
ZORNHEIM

In Stimmen

Wahl	Datum	WB	GSti	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VSB NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	573	509	*	—	72	3	428	6	*	*	*	—	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	571	498	*	—	69	5	423	1	*	*	*	—	*	*	—
RT	6. 6. 1920	591	472	—	5	36	—	428	3	*	*	*	—	*	*	—
LT	27. 11. 1921	617	369	—	—	18	—	308	9	*	*	*	—	34	*	—
RT	4. 5. 1924	634	379	4	1	13	1	297	7	—	—	*	2	51	—	3
RT	7. 12. 1924	664	448	—	—	32	3	333	2	1	—	*	—	77	—	—
LT	7. 12. 1924	664	448	1	*	32	3	325	2	1	—	*	1	81	1	1
LT	13. 11. 1927	648														

In Prozenten

Wahl	Datum	GSti	Bet.	KPD	USPD SAP	SPD	DDP	Z	DVP	WP	VRP	EVG CSVD	HVP DNVP	HBB HLB	VS NSDAP	Sonst.
DNV	19. 1. 1919	509	88,8	*	—	14,1	0,6	84,1	1,2	*	*	*	—	*	*	—
VHVK	26. 1. 1919	498	87,2	*	—	13,9	1,0	84,9	0,2	*	*	*	—	*	*	—
RT	6. 6. 1920	472	79,8	—	1,1	7,6	—	90,7	0,6	*	*	*	—	*	*	—
LT	27. 11. 1921	369	59,8	—	—	4,9	—	83,5	2,4	*	*	*	—	9,2	*	—
RT	4. 5. 1924	379	59,7	1,0	0,3	3,4	0,3	78,4	1,8	*	*	*	0,5	13,5	—	0,8
RT	7. 12. 1924	448	67,4	—	—	7,1	0,7	74,3	0,5	0,2	—	*	0,5	17,2	—	—
LT	7. 12. 1924	448	67,4	0,2	*	7,2	0,7	72,6	0,4	0,2	—	*	0,2	18,1	0,2	0,2
LT	13. 11. 1927	326	50,3	—	*	4,6	1,2	83,8	0,6	—	0,6	*	1,2	8,0	*	—
RT	20. 5. 1928	427	65,4	0,5	*	7,0	0,7	60,0	1,4	—	—	0,2	0,7	29,0	—	0,5
RT	14. 9. 1930	458	69,8	0,6	—	8,5	0,4	63,8	0,6	0,4	—	0,2	—	20,5	4,8	—
LT	15. 11. 1931	463	69,3	1,0	0,7	8,0	—	67,4	—	—	0,2	0,2	0,7	2,6	19,0	0,2
LT	19. 6. 1932	436	66,5	0,7	0,5	10,3	—	59,6	—	—	—	—	—	0,2	28,7	—
RT	31. 7. 1932	534	80,9	0,4	0,2	12,5	—	59,6	—	—	—	—	0,2	—	27,1	—
RT	6. 11. 1932	459	69,3	1,1	—	10,5	—	60,6	—	—	—	—	0,2	—	27,4	0,2
RT	5. 3. 1933	569	85,9	0,7	—	8,5	—	53,4	—	—	—	—	2,6	—	34,8	—

## Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Verbandsgemeinde Nieder-Olm der Gegenwart

Überregionale „Einbettung“, politische Farben und Wahl-Ergebnisse,  
wirtschaftlicher Strukturwandel

Es ist bei Geschichts-Darstellungen von kleineren Gemeinden oft schwierig, gerade die jüngsten, allen Bürgern aus eigenem Miterleben noch irgendwie bekannten Ereignisse und Entwicklungen zu dokumentieren, weil der Historiker als Mensch nicht jene prophetisch-divinatorische Fähigkeit besitzt, das, was sich unter späteren Gesichtspunkten und Fragestellungen einmal als bedeutsam herausstellen wird, sogleich in den Griff zu bekommen.

So ist es, da der Zeitgeschichte immer noch etwas von dem Ruch des zu geringen Abstandes anhaftet, gewiß nicht leicht, ja es ist wegen der Differenziertheit der Materie fast unmöglich, von außen her und zusammenfassend ein einigermaßen objektives Bild über die Entwicklung der zur heutigen Verbandsgemeinde Nieder-Olm gehörenden Einzel-Gemeinden zu geben. Andererseits aber ist dem Zeitgenossen, der die letzten Jahre und Jahrzehnte aus unmittelbarer Nähe, gezieltem örtlichen Abstand oder weiterer Ferne miterlebt hat, eben als Zeit-Genosse eine wesentlich andere und in vielen Bereichen erweiterte Erkenntnis-Möglichkeit gegeben, die gewisse Trends schärfer erkennen und sich herauskristallisieren läßt.

Daß also ein Werk wie dieses zumindest einige Anregungen geben sollte, gerade über die jüngste Vergangenheit auch unter lokalen Aspekten nachzudenken, ist unbestritten. Würden ein paar Hinweise von den Heimatforschern „vor Ort“ aufgegriffen, könnte gewiß eine ergiebige Materialsammlung für die zusammenfassende Geschichte einzelner Dörfer und Sachgebiete entstehen; in Gesprächen und Befragungen wären die allgemeinen Aussagen gewissermaßen auf die Historie

der einzelnen Orte zu differenzieren. Dies könnte im übrigen auch zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch mit jenen immer seltener unter uns Weilenden führen, die bewußt die Zeit seit 1945 miterlebten und mitgestalteten; welche die Stadien französischer Deutschland-Politik nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg verfolgten und zum Wiederaufbau der Bundesrepublik im Rahmen ihrer jeweiligen Gemeinde einen Beitrag leisteten.

Dabei muß zunächst daran erinnert werden, daß Rheinland-Pfalz, anders als andere Bundesländer etwa in der amerikanischen oder britischen Besatzungszone, einen Start aus einer ausweglos erscheinenden Position hatte.<sup>1</sup> Vor der Verordnung des Befehlshabers der Französischen Zone, Pierre Koenig, vom 30. August 1946, die die Schaffung eines *rheinpfälzischen* Landes dekretierte, in dem dann unter maßgeblicher Beteiligung von Adolf Süsterhenn in einer Beratenden Landesversammlung eine am 18. Mai 1947 zur Abstimmung gestellte Verfassung ausgearbeitet wurde, war es zu den provisorischen Verwaltungszwischengebilden Pfalz-Hessen bzw. Hessen-Pfalz gekommen. Das Leben in nackter Not und Bedrängnis spielte sich nach dem ersehnten Ende des Hitler-Faschismus in politischer Hinsicht ganz und gar auf Gemeinde-Ebene ab, weil zentrale Einrichtungen bei den durch die Zerstörung bedingten verkehrsmäßigen Beschränkungen und der bewußt dezentralen Besatzungspolitik Frankreichs<sup>2</sup> keine Chance hatten.

Der Wiederaufbau des Landes unter der Ära Altmeier und das politische Kräftespiel zwischen Parteien und Koalitionen, von der Allparteien-Regierung zur großen Koalition zwischen CDU und SPD und der langjährigen CDU/FDP-Re-